

Kultur von unten



Links im Heft

Um Ihnen zu lange URL-Adressen im Heft zu ersparen, benutzen wir den datenschutzkonformen Link-Verkürzer t1p.de der Technischen Hochschule Mittelhessen. Anders als bei anderen Anbietern wird Ihre IP-Adresse hier nicht gespeichert, wenn Sie erzeugte Kurzlinks eingeben wie: www.t1p.de/kommunalforum. Außerdem überprüft der Dienst die Links auf Malware und warnt vor möglichen Risiken.

Liebe Leser:innen,

nehmen wir die Überschrift doch einmal wörtlich – Kultur von unten aus erleben, aus einer Augenhöhe von etwa 95 Zentimetern. Das kann und darf die Tochter des Chefredakteurs gerade im großen Stil, ist doch die Heimatstadt die diesjährige europäische Kulturhauptstadt. Neben dem eh schon nicht kleinen Angebot – darunter das international renommierte und jedes Jahr stattfindende Kinder- und Jugendfilmfestival »Schlingel« (→ Seite 32) – findet sich nun an so gut wie jeder Ecke immer wieder etwas Neues zum Anfassen, Hören, Mitmachen, Sehen und Staunen.

Es ist die breite Vielfalt, die für alle etwas bereithält, ob klein oder groß, jung oder alt. Und ein Angebot, das anzieht – auch den eher un-musikalischen Papa, der froh ist, dass dem musisch geneigten Kind reichlich anderweitige und außerhäusliche Optionen offenstehen.

Kultur von klein an und gemeinsam zu erleben, ist etwas Wertvolles. Denn auch ohne großes Jahresevent im Rücken bringen die unzähligen Angebote der sächsischen Kulturlandschaft Menschen aller Couleur zusammen. Und doch drohen dunkle Wolken am Horizont: in der amtierenden Kulturhauptstadt Chemnitz (→ Seite 10), in den namhaften Opernhäusern, Theatern und Museen der anderen Städte (→ Seite 38) sowie den vielen kleineren Initiativen und Vereinen in der breiten Fläche (→ Seite 20), die mit besonders viel Herzblut und Ehrenamt Kultur machen – sie alle stehen vor großen Herausforderungen. Vor allem vor jener systemischen Krise der Kommunalfinanzen, die leider oft genug Thema dieser Ausgabe ist.

Und wenn es nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein ist: Es ist unser Anspruch, auch hier die Frage nach dem »Was tun?« mit einer produktiven Antwort zu versehen. Drum finden Sie, liebe Leser:innen, auf Seite 44 einen Beitrag von unserem Neuauteur Max Gorskih im Heft zu alternativen Finanzierungsinstrumenten für Kommunen.

Viel Freude bei der Lektüre wünschen Ihnen

Berit Tolke und Konrad Hilger

PS: Wie gefällt Ihnen »Das Kommunalforum«? Haben Sie Fragen oder Anmerkungen zu einzelnen Beiträgen? Ihre Meinung interessiert uns! Schreiben Sie an: redaktion@das-kommunalforum.de



Die Alte Spitzenfabrik in Grimma bietet Jugendlichen Raum für Kreativität, Mitgestaltung und Kultur – als lebendiger Teil der freien Szene. Doch Projekte wie diese wirken nur so lange, wie engagierte Menschen bereit sind, sie mit viel Zeit, Idealismus und oft ohne gesicherte Mittel am Laufen zu halten

Inhalt

6 Meldungen

SCHWERPUNKT

10 Zwischen Hauptstadtlust und Kürzungsfrust

Kommt nach der Party der große Kater? Chemnitz feiert das Kulturhauptstadtjahr und hat auch sonst einiges zu bieten – doch die allgegenwärtige Haushaltskrise lässt Schlimmes befürchten. Hendrik Lasch hat sich bei den Engagierten aus Kunst- und Kreativszene sowie in der Verwaltung umgehört

18 Sächsische Kulturlandschaften

Sachsen ist mehr als Eierschecke, Holzschnitzereien und Mundart. Die Wurzeln des kulturellen Erbes reichen tief, sind weit verzweigt – und prägen in stetiger Aneignung und Neuinterpretation die Gegenwart. Monika Mattlener und Berit Tolke werfen einen Blick auf die Spuren eines alten Sprichworts

20 Kultur kompakt

Den flüchtigen Zauber von Kunst und Kultur in Zahlen ausdrücken zu wollen, ist ein auf der Hand liegender Widerspruch. Und doch sind sie ein Verweis darauf, welchen Stellenwert Kultur in Alltag und Kommune hat. Konrad Hilger hat diese Werte gesammelt

22 Bedrohte Subkultur

Erlebenswerte Kulturangebote finden sich nicht nur in den Ballungsregionen. Es gibt sie natürlich auch in den Kleinstädten und im ländlichen Raum, oftmals mit weniger Geld und umso mehr Liebe und Herzblut. Beate Erler hat sich in der alternativen Kulturszene umgehört und nachgespürt, wie es um sie steht

26 Räume der Kultur

Während Sachsens Metropolen mit immer weniger Mitteln um ihre Hochkultur ringen, senden Projekte im ländlichen Raum eine klare Botschaft zurück: Wir sind auch ein Teil der Kultur – und wir wollen bleiben. Berit Tolke fragte in den Städten nach, und schaute dorthin, wo Eigeninitiative, Mut und Gemeinschaftssinn mehr bewegen als mancher Fördereuro es könnte.

32 **Großes Kino für junge Menschen**

Die steigende Spannung, wenn im Saal das Licht gedimmt wird, Popcorn und ein kaltes Getränk – der Magie der großen Leinwand kann sich kaum jemand entziehen. Umso schöner, dass sich ein ganzes Filmfestival den kleinen Zuschauer:innen zuwendet. Kristin Kasten hat mit den Macher:innen des »Schlingel« gesprochen

36 **In eigener Sache**

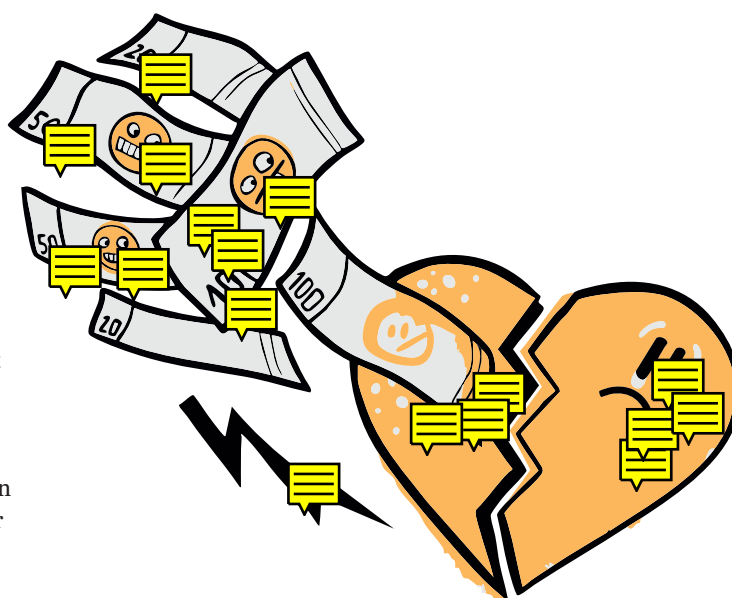
Premiere! Wir haben uns mitten hinein geworfen in eines der großen Kulturevents – und waren auf der Leipziger Buchmesse erstmals mit einem eigenen Stand vertreten. Und auch unsere neue Website kommt um einiges frischer daher. Ein kleiner Halbjahresrückblick von Stephan Ullrich

38 **Bestandswahrung heißt das Zauberwort**

Ehrwürdige Häuser mit Rang und Namen, große Kunst von internationalem Renommee, innovative Konzepte der Kultur- und Museumspädagogik – der Dresdner Kulturbetrieb ist entschlossen, den Sparzwängen zu trotzen. Sorgen bleiben dennoch, weiß Karin Großmann zu berichten



Als Direktorin des Deutschen Hygiene-Museums Dresden ist auch Dr. Iris Edenheiser mit finanziellen Kürzungen konfrontiert



AUS DEN KOMMUNEN

44 **Vom Mangel zur Möglichkeit**

Angesichts der nahezu allgegenwärtig angespannten Haushaltslage fragen sich Kommunalpolitiker:innen und Verwaltung gleichermaßen: Wie und wo lassen sich noch finanzielle Handlungsspielräume finden? Max Gorskih hat einige Optionen zusammengetragen

48 **Solo im Rat**

Ausdauer, gute Nerven und viele Fraktionskolleg:innen, um die Arbeit zu teilen – das wünschen sich wohl alle Kommunalpolitiker:innen. Es ist aber nicht allen vergönnt. Pia Siemer hat in Erfahrung gebracht, wie vier Solo-Rät:innen sich selbst und Unterstützung organisieren

SERVICE

54 **Reden wir über Geld**

Bürgerbeteiligung stärkt die lokale Demokratie – und wird immer dann besonders handfest und konkret, wenn die Mitsprache sich auch auf die Finanzen erstreckt. Achim Grunke stellt dazu die Instrumente Bürgerhaushalt und Bürgerbudget vor

58 **Aktiv ohne Fraktion**

Wenngleich Fraktionen die Ratsarbeit erleichtern, stehen auch einzelnen Ratsmitgliedern Wege offen, die sie zur Ausübung ihres Mandates benötigen. Achim Grunke erklärt die Minderheitenrechte der Sächsischen Gemeindeordnung und wie diese – allein oder zu zweit im Rat – genutzt werden können

62 **Notizen**65 **Comic**66 **Kolumne**

Naturgefahrenportal gestartet

Katastrophenschutz. Infolge des Klimawandels gibt es immer häufiger Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Hitzewellen. Der Deutsche Wetterdienst hat deswegen in Zusammenarbeit mit mehreren Behörden ein Naturgefahrenportal gestartet. Auf der barrierefreien Plattform laufen Warnmeldungen aus verschiedenen Quellen zusammen. Die Website können sowohl Privatpersonen wie Hauseigentümer:innen als auch staatliche Stellen einsehen. Interessierte finden hier nicht nur drohende Gefahren, sondern auch mögliche Hilfestellungen.

➔ naturgefahrenportal.de

Parkraum

Feierabendparken gegen Platzmangel

Die tägliche Autowanderung: Morgens aus den Wohngebieten hinaus, abends wieder zurück. Dann gleichzeitig mit allen anderen stundenlang einen Parkplatz suchen – während sich auf den Supermarkt-Parkplätzen die nächtliche Leere ausbreitet. Nicht so in Düsseldorf: Die Stadt hat ein bundesweit einzigartiges Pilotprojekt mit dem Namen »Feierabendparken« gestartet, das so erfolgreich war, dass es nun erweitert wird. Acht Supermarktfilialen hatten insgesamt 190 Stellplätze zur Verfügung gestellt, die Anwohnende außerhalb der Betriebszeiten günstig mieten konnten. Nun wird die Kapazität mithilfe von zwei Parkhäusern und den Rathaus-Parkplätzen auf insgesamt 1500 Plätze erhöht. Für potenzielle Erweiterungen hat die Stadt Düsseldorf auch Schulparkplätze und die Zwischennutzung von Brachen im Blick.



Tagsüber Supermarktparkplatz, abends Anwohnerstellplatz?



Helfen Finanzpflaster und Wahlgeschenke Kommunen aus der Krise?

Koalitionsvertrag

Was ist drin für die Kommunen?

»Die Anstrengung hat sich gelohnt«, sagt CDU-Vorsitzender Friedrich Merz Ende April über den Koalitionsvertrag. Ähnlich klingt das beim Deutschen Städtebund: Er sehe in dem Dokument »viele gute Impulse«, sagt der Präsident des Deutschen Städtetages. Dagegen urteilte der Präsident des Deutschen Landkreistages, der Koalitionsvertrag enthalte »zu wenig Belastbares«. Die demokratischen Oppositionsfractionen kritisieren, dass die Krise der Kommunalfinanzen nicht angegangen werde, auch wenn es »Finanzpflaster und Wahlgeschenke« gebe.

Laut Koalitionsvertrag will sich der Bund zur Hälfte an den Maßnahmen beteiligen, mit denen die Länder Kommunen durch eine Übernahme übermäßiger Kassenkredite entlasten. Außerdem soll die Gewerbesteuer »weiterentwickelt« und ab 2028 die Körperschaftssteuer schrittweise gesenkt werden. Für kleine und mittlere Einkommen soll die Einkommenssteuer sinken, für die Gewerbesteuer der Mindesthebesatz von 200 auf 280 Prozent steigen. Keine Veränderungen sind bei Solidaritätszuschlag und Abgeltungssteuer geplant.

Allerdings: Für große Teile der Vorhaben im Koalitionsvertrag ist die Finanzierung und konkrete Umsetzung nicht geklärt. Der ARD gegenüber sagte Friedrich Merz: »Alles steht unter Finanzierungsvorbehalt.«

Umfrage

OB-Barometer 2025

Jährlich erstellt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) das repräsentative OB-Barometer, indem es die Stadtoberhäupter von Städten ab 50.000 Einwohnenden befragt. 2025 präsentierte sich dabei als das drängendste Thema in den Kommunen das ihrer Finanzen – mit noch stärkerer Deutlichkeit als im Vorjahr. Laut Difu-Leiter Carsten Kühl wurde – mit Ausnahme der Geflüchtetenthematik 2015 – »nie seit Beginn der Befragungsreihe einem Thema von den Stadtspitzen eine solch hohe Relevanz und Dringlichkeit beigemessen«. Bei der Frage, als wie dringend die Befragten das Thema der Kommunalfinanzen einordneten, seien keine Unterschiede zwischen Bundesländern oder Stadtgrößen auszumachen. Passend dazu stuften die Befragten auch das Thema der kommunalen Infrastruktur als so wichtig wie nie zuvor ein. In den Hintergrund gerückt sind laut der Befragung Themen wie Wohnen, die Unterbringung Geflüchteter und der Klimaschutz.

➔ t1p.de/ob-barometer

Bundesverfassungsgericht

Streit um Umlage

Die Höhe der Kreisumlage ist ein Balanceakt zwischen den Finanzen der Gemeinden und der Landkreise. Für die Städte und Gemeinden, die sie an die Kreise zahlen, ist sie eine teils schmerzhafteste Ausgabe. Für die Landkreise, die keine eigenen Steuern erheben, aber eigene Pflichtaufgaben haben, eine wesentliche Einnahmequelle.

Der Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt hat ein 100 Millionen schweres Loch im Haushalt, seit er einen Rechtsstreit um die Kreisumlage mit mehreren seiner Städte und Gemeinden verlor. Laut Landrat André Schröder kann der Landkreis seine Aufgaben derzeit nur über Kredite erfüllen. Gemeinsam mit dem benachbarten Salzlandkreis hat Mansfeld-Südharz Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht, um die Einführung einer finanziellen Mindestausstattung für Landkreise prüfen zu lassen. Er hofft auf eine Entscheidung noch in diesem Jahr.



Landrat André Schröder klagt für eine finanzielle Mindestausstattung



Ist ein Finanzloch gestopft, tut sich oft das nächste auf

Steigende Zinsen erwartet

Finanzen. Kommunen erwarten in den nächsten Jahren deutlich schlechtere Bedingungen für Kredite. Das ist zumindest das Ergebnis einer Befragung von komuno, einer Plattform für Kommunalkredite. Insgesamt 551 Menschen mit Expertise aus Kommunalverwaltungen und Finanzinstituten haben daran teilgenommen. Demnach erwarten die Befragten sowohl eine steigende Zinslast als auch eine stark ansteigende Gesamtverschuldung. Sie gehen davon aus, dass Kommunen zukünftig deswegen häufiger auch regionsübergreifend nach Krediten suchen würden.



Wer muss, soll auch können – in öffentlichen Toiletten

Solidarische Innenstädte

Forschungsprojekt. Innenstädte für alle – diese Idee taucht heute oft auf, wenn es um deren moderne Umgestaltung geht. Doch »alle« – das meint auch marginalisierte und von Armut betroffene Menschen, auch ohne Obdach. Eine Forschungsgruppe am Dortmunder Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung untersucht zurzeit, wie bei der Umgestaltung von Innenstädten die Interessen dieser Menschen stärker berücksichtigt werden können. Der Verzicht auf Anti-Obdachlosen-Architektur ist laut der Forschungsgruppe ein erster Schritt. Weitere könnten kostenlose und saubere öffentliche Toiletten sein, Wasserspender oder Pfandringe an Mülleimern.

Modellprojekt zur Versorgung in der Fläche

Gesundheit. Im April hat im sächsischen Niedercunnersdorf eine sogenannte hausärztliche Versorgungspraxis eröffnet – ein Modellprojekt der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesverbände der sächsischen Krankenkassen sowie der Ersatzkassen. Hier werden Patient:innen von speziell geschultem, nichtärztlichem Personal versorgt. Ein Arzt oder eine Ärztin wird nur an einem Tag in der Woche vor Ort sein und ist bei Bedarf über Videosprechstunde erreichbar. Vorrangig werden Routineuntersuchungen für Menschen mit bestehenden Diagnosen angeboten – unter anderem Blutabnahmen, Wundversorgung und Impfungen.

Verkehrswende

Wovon profitiert der Einzelhandel?

Weniger Parkplätze und keine Straße mehr vorm Geschäft? Verkehrsberuhigende Maßnahmen lassen den Handel oft Umsatzeinbußen fürchten. Das kann allerdings ein Fehlschluss sein, wie ein Policy Paper des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zeigt. Das Difu hat empirische Studien aus großen und mittelgroßen Städten im In- und Ausland analysiert. Das Fazit: Ein attraktiver öffentlicher Raum ziehe potenzielle Kundschaft eher an und lade zum Bummeln und Verweilen ein. Wer mit dem Rad und zu Fuß unterwegs sei, kaufe zwar weniger als Autofahrende – komme dafür aber öfter wieder und bringe insgesamt höheren Umsatz. Wichtig für den Erfolg von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sei, dass die Läden auch ohne Auto gut erreichbar seien. Stichwort: Parkraumbewirtschaftung.



Verkehrsarme Zonen machen Innenstädte attraktiver



Statement zur Resilienz

Zivilschutz. Im März hat die Nationale Plattform zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen ein Statement veröffentlicht. Darin formuliert sie zentrale Forderungen wie die Förderung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, die Sicherstellung der Finanzierung sowie ein inklusives Katastrophenrisikomanagement. Sie betont, dass alle Beteiligten ressortübergreifend zusammenarbeiten müssen. Die neue Bundesregierung solle bestehende Strukturen und Zuständigkeiten besser abstimmen. Die Nationale Plattform Resilienz ist ein formloser Zusammenschluss von Akteur:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Kultur, Bildung, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik.

➔ t1p.de/resilienz-katastrophen

Streit ums Zwei-Prozent-Ziel

Erneuerbare Energie. Um bis 2030 80 Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland aus erneuerbaren Energien zu decken, sollen zwei Prozent der Fläche für Windenergie ausgewiesen werden. Doch die sächsische Infrastrukturministerin Regina Kraushaar hält das für Sachsen für schwer umsetzbar und will davon abweichen. Die Verein zur Förderung der Nutzung Erneuerbare Energie Sachsen (VEE) argumentiert dagegen. Der Bund habe bei der Festlegung der Werte bereits die unterschiedliche Situation in den Bundesländern berücksichtigt. Die Umweltorganisation BUND befürchtet, dass Kraushaars Entscheidung den Ausbau der Windenergie in Sachsen jahrelang blockieren würde.

Gemeindebund gegen leere Kassen

Zusammenarbeit. Im Landkreis Mittelsachsen haben sich neun Gemeinden, unter anderem Sayda und Dorfchemnitz, zur Interessengemeinschaft »Mittelsächsisches Erzgebirge« zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie unter anderem Personalstrukturen erhalten oder schaffen. Im Blick haben sie auch einen polizeilichen Vollzugsdienst, den sich alleine keiner der Orte leisten könnte. Thomas Schurig, Bürgermeister von Dorfchemnitz, sagte der »Freien Presse«: »Jeder von uns bräuchte stundenweise eine Kraft, niemand für die volle Arbeitszeit.« In Sachsen existieren noch weitere ähnliche Verbünde.

Schwerpunkt



Zwischen Hauptstadtlust und Kürzungsfrust

Kultur hält Kommunen zusammen, ist aber oft auch Verfügungsmasse, wenn das Geld knapp wird. Besichtigen lässt sich das in Chemnitz, einer Stadt, die 2025 eine Kulturmetropole Europas ist und gleichzeitig bei Hochkultur und freier Szene spart

Text: Hendrik Lasch

Bis zur Abfahrt hat Gabi Reinhardt noch Zeit. Im September wird sich am Busbahnhof Chemnitz zum ersten Mal ein Ikarus-Bus in Bewegung setzen, »an einer glitzernden Haltestelle«, sagt die Regisseurin. Sie bereitet eine Theaterinszenierung vor, die Teil des Programms als Kulturhauptstadt Europas ist und in der Frauen über ihre Arbeit erzählen, vor allem die »ungesehene Arbeit« im Haushalt, mit Kindern, in Beziehungen. Die Aufführung mit Laiendarstellerinnen findet im Bus und an fünf Stationen in der Stadt statt. Ihr Titel: »Der Bus ist abgefahren«.

Für Chemnitz ist der Bus schon zu Jahresbeginn losgefahren. Mit großem Kulturprogramm und einem Festakt im Beisein des Bundespräsidenten wurde das Jahr als Kulturhauptstadt im Januar offiziell eröffnet. Damit rückt bundes- und europaweit eine Stadt ins Blickfeld, die bisher nicht als Hort der Kultur galt. Die Etiketten, die ihr angeheftet wurden, waren andere. Chemnitz wird wegen seiner industriellen Tradition gern »sächsisches Manchester« genannt. Wenn Journalist:innen in die Stadt kamen, interessierten sie sich für die Umbrüche der Zeit seit 1990 mit dem Verlust Tausender Einwohner:innen und Jobs. Ab 2018 rückte die rechtsextreme Szene in den Blick. Damals gab es massive Ausschreitungen, für die der gewaltsame Tod eines Stadtfestbesuchers als Anlass herhalten musste. In TV-Comedys galt die Stadt derweil oft als Inbegriff von Provinzialität.

Chemnitzer Künstler:innen wussten es schon lange besser. Die Theatermacherin Gabi Rein-

hardt hat sich in einem Film während der Corona-Zeit augenzwinkernd selbst interviewt, mit Fragen wie: »Kind oder Karriere? Fest oder frei? Berlin oder Chemnitz?« Manche Frage beantwortet sie zögerlich, bei Letzterer gibt es kein Nachdenken: Chemnitz! Nach dem Studium in Berlin kehrte sie umgehend zurück in die Stadt, die noch Karl-Marx-Stadt hieß, als sie in den 1980er Jahren dort geboren wurde.

Ein gewichtiges Argument für sie als freie Künstlerin ist: Es gibt Platz und günstige Mieten. Ein Studio wie ihres, »mit Blick über die Innenstadt und sogar Lager«, wäre anderswo unerschwinglich. Zudem ist die Theatermacherin in Chemnitz Teil eines lebendigen kulturellen Biotops, das auf ein dankbares Publikum trifft. Als sie 2013 in einem Hochhaus in der Innenstadt mit dessen Bewohnern das »Balkonballett« inszenierte, kamen 2000 Menschen zum Zuschauen: »Hier kann man etwas bewirken.«

Chemnitz sei ein gutes Pflaster für Menschen mit der »gewissen Verrücktheit, Dinge zu tun, die für die Stadt eigentlich zu groß sind«, sagt Lars Neuenfeld. Er begann 2003, »Verrücktheiten« auf die Beine zu stellen. Damals wurden zwölf leere Läden im Stadtteil Sonnenberg ein Wochenende lang für zeitgenössische Kunst geöffnet. Der Zuspruch war groß: »Das hatte ja auch einen gewissen Neugierfaktor.« Das Ereignis erhielt den Namen »Begehungen«. Auf die erste Auflage folgten weitere, zunächst an der Fußgängerzone Brühl, später an wechselnden Orten: in einer Kaufhalle, einer Kleingartenanlage, im Kulturpalast der Wismut, im Gefängnis →

»Hier in Chemnitz kann man etwas bewirken«

Gabi Reinhardt,
Theaterregisseurin

→ Kaßberg. Die Abwanderung zeigte in dem Fall ihre positiven Seiten: »Leere Gebäude, die wir bespielen können, gibt es genug«, sagt Neuenfeld. Die »Begehungen«, die stets ein Wochenende dauerten, wurden immer populärer und zählten bis zu 8000 Besucher:innen.

In diesem Sommer drehen die »Begehungen« das ganz große Rad. Nicht ein Wochenende, sondern vier Wochen lang wird ab Mitte Juli das Heizkraftwerk Nord geöffnet. Es ist ungenutzt, seit der örtliche Energieversorger 2024 den vorgezogenen Kohleausstieg vollzog. Mehrere Hallen werden von Künstlern wie Hito Steyerl und Olaf Nicolai in Beschlag genommen, die bei der Biennale in Venedig für Aufsehen sorgten und sich nun in Chemnitz mit Themen wie Klimawandel und Umweltzerstörung beschäftigen. Neuenfeld ist besonders gespannt auf eine Soundinstallation in einem Kühlturm: »Die Akustik ist phänomenal.« Er erwartet Kunstfreunde aus ganz Europa, dazu Technikbegeisterte und ehemalige Kraftwerker:innen: »Zu uns kommen viele Menschen, die sonst nie in Ausstellungen mit zeitgenössischer Kunst gehen. Auch das macht den Reiz der »Begehungen« aus.«

Das Festival ist einer der Höhepunkte im Jahr als Kulturhauptstadt Europas. Andere sind der im April eröffnete »Purple Path«, der die Stadt in einer Art Freiluftgalerie mit 38 Gemeinden im Umland verbindet, oder eine Edvard-Munch-Schau in den Städtischen Kunstsammlungen. Dagmar Ruscheinsky wiederum freut sich auch auf die Weltpremiere der Oper »Rummelplatz«



»Zu uns kommen viele Menschen, die sonst nie in Ausstellungen mit zeitgenössischer Kunst gehen. Auch das macht den Reiz der »Begehungen« aus«

Lars Neuenfeld, Projektmanager

nach einem Buch des DDR-Autors Werner Bräuning: »Das wird großartig.«

Ruscheinsky wurde Ende 2021 zur Kulturbürgermeisterin der Stadt gewählt. Ein Jahr zuvor hatte Chemnitz den Zuschlag als Kulturhauptstadt erhalten: »Das war ein Grund, mich zu bewerben.« Der Titel sei eine einmalige Gelegenheit für eine Stadt, die zu Unrecht unterschätzt werde, sagt sie. Viele Künstler:innen stimmen zu. Es gebe »viel größere kulturelle Vielfalt als in vergleichbaren Städten«, sagt Lars Neuenfeld. Chemnitz müsse »keine Minderwertigkeitskomplexe haben gegenüber Dresden oder Leipzig«, ergänzt Gabi Reinhardt.

Probleme entscheidend für Erfolg

Die Kulturbürgermeisterin untersetzt das mit harten Fakten: Es gebe ein Fünf-Sparten-Theater samt A-Orchester, die Städtischen Kunstsammlungen, die vom Bauhaus-Architekten Henry van de Velde entworfene Fabrikantenvilla Esche, ein neues Museum im Elternhaus des expressionistischen Malers Karl Schmidt-Rottluff, das Sächsische Industriemuseum und das Staatliche Museum für Archäologie Chemnitz. Nicht zu vergessen rund hundert Vereine, ein Museum für Naturkunde und weitere Museen sowie Initiativen in freier Trägerschaft, vom Club Atomino über das Deutsche Spielemuseum bis zur Filmwerkstatt und dem Kinderfilmfestival »Schlingel«. In der Stadt gebe es vielfältige und »hochkarätige« Kultur, sagt Ruscheinsky: »Schön, dass das jetzt auch andere stärker in den Blick nehmen.«

Die kulturelle Vielfalt hat nicht den Ausschlag dafür gegeben, dass Chemnitz Kulturhauptstadt wurde. Davon ist der Soziologe Ulf Bohmann von der TU Chemnitz überzeugt. Er hat, so der Titel eines mit Wissenschaftler-Kollegen herausgegebenen Buches, »sozialräumliche Erkundungen« in der Kulturhauptstadt angestellt und argumentiert, entscheidend für den Erfolg seien gerade die Probleme der Stadt mit Strukturwandel und Rechtsextremismus gewesen. Der Hauptstadttitel gehe mittlerweile an Städte, die »ein paradigmatisches Problem haben, welches es transformativ zu überwinden gilt.« Dass die Ereignisse vom 2018 in der Bewerbung offensiv angesprochen wurden, sei maßgeblich für den Zuschlag gewesen.

Die Kulturtourist:innen werden freilich nicht kommen, weil Chemnitz Probleme hat, sondern weil sie großartige Kultur erwarten. Gerechnet wird mit zwei Millionen Besucher:innen. Das internationale Interesse sei riesig, sagt Ruscheinsky. In Presseberichten sei teils von Chemnitz als »neuem New York« die Rede: »Wenn das Jahr um ist, wird man uns nicht mehr übersehen.« →



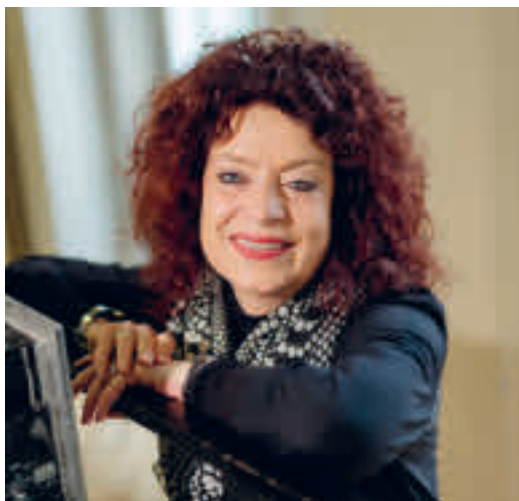


**»Wenn das
Jahr um ist,
wird man uns
nicht mehr
übersehen«**

Dagmar Ruscheinsky,
Kulturbürgermeisterin
Chemnitz



Der illuminierte Schornstein des Chemnitzer Heizkraftwerks Nord ist ein markantes Wahrzeichen der Stadt. Er steht exemplarisch für den Wandel von der industriellen Vergangenheit hin zu einer lebendigen und kulturell geprägten Stadt



»Ich freue mich auf viele Begegnungen und Impulse von außen«

Sabine Kühnrich,
Sängerin

→ Chemnitzer Künstler:innen schauen dem internationalen Besuch erwartungsvoll entgegen. Die Sängerin Sabine Kühnrich sagt: »Ich freue mich auf viele Begegnungen und Impulse von außen.« Sie ist mit ihrer Band Quijote seit Jahrzehnten eine feste Größe im Kulturbetrieb der Stadt und hofft für 2025, dass die Gäste »viel Fröhlichkeit« mitbringen. Diese würde der Stadt guttun. Ihr Selbstwertgefühl habe im Strukturwandel gelitten. Wenn sie Straßenbahn fahre, schlage ihr oft eine »trübsinnige Stimmung« entgegen, sagt Kühnrich. Gelänge es, das im Hauptstadtjahr ein wenig zu korrigieren, »würde es sich leichter leben in Chemnitz«.

Sorge vor Substanzverlust

Allerdings dürften die Besucher:innen aus aller Welt, wenn sie sich der Stadt etwas gründlicher widmen und mit heimischen Künstler:innen sprechen, auch auf eine Entwicklung aufmerksam werden, die im grellen Kontrast zum Hauptstadt-Hype steht – und in der Kulturszene der Stadt die Fröhlichkeit arg dämpft. Es geht um Kürzungen bei der Kulturförderung, die auch etablierte städtische Häuser treffen, vor allem bei freien Trägern aber ernsthafte Sorgen vor »Substanzverlust« wecken. Unter diesem Motto wurden Unterschriften gesammelt und Protest organisiert.

Derzeit gibt Chemnitz nach Angaben der Bürgermeisterin 78 Millionen Euro für Kultur aus. In einer 2018 beschlossenen Kulturstrategie heißt es, noch wenige Jahre zuvor sei es notwendig gewesen, um entsprechende Mittel »zu kämpfen beziehungsweise diese zu verteidigen«; inzwischen gebe es aber »solide Finanzierung«, die es erlaube, »aufzubrechen in neue Räume und Möglichkeiten«. Laut einem Ratsbeschluss gehen mindestens fünf Prozent des Kulturetats an die freie Szene. Von 2018 →

Neun Jahre von der Idee bis zur Hauptstadt

Der Titel »Kulturhauptstadt Europas« wird seit 1985 jeweils für ein Jahr verliehen. In diesem Jahr tragen den Titel das slowenische Nova Gorica und das benachbarte italienische Gorizia sowie das sächsische Chemnitz. Dort wurde die Idee erstmals am 16. August 2016 geäußert. Man habe »den Mut und das Selbstbewusstsein«, sie »nun auf die Tagesordnung zu setzen«, erklärte die damalige Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig. Neben der SPD-Frau, die als Ministerin für Wissenschaft und Kunst in Sachsen bereits die später gescheiterte Bewerbung von Görlitz um den Hauptstadttitel 2010 begleitet hatte, gehörte zu den Initiatoren auch Ferenc Csák, der die erfolgreiche Bewerbung von Pécs in Ungarn für 2010 verantwortet hatte und ab 2015 das Kulturamt in Chemnitz leitete. Bis zur Vergabe des Titels war es ein langer Weg. Für die interessierten deutschen Städte begann er im September 2018. In der ersten Stufe der Bewerbung entstand ein sogenanntes Bidbook. Mit ihm schaffte es Chemnitz im Herbst 2019 auf die Shortlist der deutschen Bewerberstädte, gemeinsam mit Dresden, Gera, Hannover und Hildesheim. Aus dem Rennen waren damals bereits Magdeburg, Nürnberg und das sächsische Zittau. In der zweiten Runde richtete Chemnitz unter dem Motto »C the Unseen« den Blick auf das Ungesehene in der Stadt. Zudem wurden die rechten Ausschreitungen im September 2018 thematisiert. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und Aktivierung der »stillen Mitte« gegen Rechts gehörten zu den Themen, mit denen Chemnitz die europäische Jury überzeugte. Deren Zuschlag gab es Ende Oktober 2020. Im Januar 2021 bestätigte die Kulturministerkonferenz auch formal der Jury-Entscheidung. Mitte Januar 2025 wurde das Hauptstadtjahr in Chemnitz mit einem großen Fest eröffnet. In Deutschland hatten zuletzt West-Berlin (1988), Weimar (1999) und Essen/Ruhr (2010) den Titel getragen.



Am Brühl lädt Chemnitz zum Bleiben ein

→ bis 2023 stieg die entsprechende Summe von 2,3 auf 4,6 Millionen Euro.

Von der Kulturhauptstadt erhofften sich viele einen zusätzlichen warmen Regen. Tatsächlich fließt viel Geld in das Renommierprojekt. Zum Stichtag 31.12.2024 stellte sich die Finanzierung der Kulturhauptstadt wie folgt dar: 35 Millionen macht die Stadt locker, je 25 Millionen der Bund und der Freistaat Sachsen. Der Zuschuss der EU ist symbolischer Natur, aber weitere Fördertöpfe und Sponsorengelder sorgten dafür, dass insgesamt 116 Millionen Euro zur Verfügung stehen, sagt Ruscheinsky. Sie räumt aber ein: »Das ist eine Sondersituation. Wie die Kulturförderung unter Beibehaltung des hohen Qualitätsanspruchs in Zukunft aussehen wird, ist eine aktuell zu bewältigende Aufgabe.«

Die kommunale Kultur ist bundesweit unter Druck geraten. In Berlin schockte der Kultursekretar die Öffentlichkeit mit dem Plan, zehn Prozent des Budgets zu kürzen. In Dresden warnten renommierte Institutionen wie das Festspielhaus Hellerau und das Deutsche Hygiene-Museum in einer Petition, geplante Einschnitte würden den Ruf der Kulturstadt »massiv gefährden«. Selbst im wohlhabenden Baden-Württemberg gerieten Theater unter finanziellen Druck. Der Deutsche Kulturrat äußerte in einem Appell an Bund, Länder und Kommunen »große Sorge« um die Kulturförderung und warnte vor »erheblichem Schaden in der Kulturlandschaft«.

Die Ursachen sind zumindest in den Kommunen überall gleich: Einnahmen sinken, und neue

Verpflichtungen, die von Bund und Ländern übertragen werden, kosten viel Geld, das oft nicht erstattet wird. In Sachsens Kommunen stiegen nach Angaben des Städte- und Gemeindetages zuletzt die Sozialausgaben um zwölf, die für das Personal um acht Prozent; das kommunale Defizit habe 2024 mit 682 Millionen Euro einen Rekordstand erreicht. Auf der Suche nach Möglichkeiten zum Sparen fällt der Blick oft auf die Kultur. Zwar sagt Ruscheinsky beschwörend, diese gehöre »zur Wesensart von Städten« und sei essenziell für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Sie warnt aber auch: Bessere sich die Lage nicht, stehe man vor »existenziellen Bedrohungen«.

Zur Lust gesellt sich Frust

Die Folgen lassen sich in Chemnitz schon jetzt betrachten. In der Stadt fehlt Geld für die Sanierung des 1980 eröffneten Schauspielhauses. Weil zunächst geplante 16 Millionen Euro nicht reichen, wird auf absehbare Zeit auf einer Ausweichbühne in einer früheren Textilmaschinenfabrik gespielt. Das Provisorium muss nicht nur im Hauptstadtjahr beibehalten werden, sondern wohl auch 2026, wenn in Chemnitz das Festival »Theater der Welt« ausgerichtet wird, das größte internationale Ereignis seiner Art in Deutschland.

Doch nicht nur für Großprojekte fehlt das Geld, es geht auch ans Eingemachte. In den Städtischen Kunstsammlungen, die 2025 mit Edvard Munch für Furore sorgen werden, gibt es ab 2026 aus Kostengründen einen weiteren Schließtag pro Woche. Für die Sonderausstellung wiederum wird ein Teil der Kulturraum-Zuschüsse des Landes benötigt, die von der Stadt bisher freiwillig an die freie Szene ausgereicht wurden. Deren Fördertopf schrumpft daher von 4,6 auf 3,9 Millionen Euro.

Für alteingesessene Träger hat das fatale Konsequenzen. Ein Beispiel: der Kraftwerk e. V., der seit 2003 im früheren Pionierhaus und einer benachbarten Fabrikantenvilla ein Kulturhaus im breitesten Sinne betreibt, mit Tanztee für Senioren, Schachkursen für Kinder, Ausstellungen und Konzerten. Er erhält städtische Förderung, die aber stets knapp war: »Das Wasser steht seit Jahren Oberkante Unterlippe«, sagt Geschäftsführer Holm Krieger. Nun wird der Betrag nochmals reduziert. Formal geht es um zehn Prozent, aber gleichzeitig seien die Heiz- und andere Nebenkosten um 15 Prozent gestiegen. Faktisch schrumpfte das Budget um ein Viertel: »Das ist absolut demotivierend.«

Von dem europäischen Titel hatten sich freie Träger wie das Kraftwerk viel erhofft, sagt Krieger, der zeitweise im Hauptstadt-Programmbeirat saß: »Endlich mal genug Geld, endlich mal



»Dass die Ereignisse von 2018 in der Bewerbung offensiv angesprochen wurden, ist maßgeblich für den Zuschlag gewesen«

Ulf Bohmann, Soziologe an der TU Chemnitz



»Das Hauptstadtjahr ist ein Stresstest für die bestehende Kulturszene«

Holm Krieger, Kraftwerk e. V.

so arbeiten, wie wir das immer wollten.« Doch statt Lust herrscht Frust. Das Geld ist knapper denn je, gleichzeitig schrumpften Einnahmen des Vereins aus der Vermietung, weil mit der Kulturhauptstadt neue Örtlichkeiten wie der »Garagen-Campus« in einem früheren Straßenbahndepot erschlossen wurden. Außerdem stehe das eigene Programm im Schatten der vielen Hauptstadtveranstaltungen, die auch viel ehrenamtliches Engagement »aufsaugen«. Krieger wirkt ernüchtert. Das Hauptstadtjahr, sagt er, sei »ein Stresstest für die bestehende Kulturszene«.

Auch Mathias Lindner warnt, in der Chemnitzer Kultur hätten mittlerweile »auch kleine Kürzungen unfassbare Auswirkungen«. Er leitet die Neue Sächsische Galerie. Viele ihrer jährlich sechs Ausstellungen ermöglichen Wiederentdeckungen regionaler Künstler. Betreiber ist der Verein Neue Chemnitzer Kunsthütte, der 1990 die Tradition einer gleichnamigen bürgerlichen Kulturinstitution des 19. Jahrhunderts wiederbelebte. 2003 zog er als Mieter ins Kulturkaufhaus »Tietz« ein. Die städtische Förderung, die er erhält, fließt fast komplett in die Miete und Personalkosten für anderthalb Stellen. Die Kulturhauptstadt hält Lindner für eine Chance. Er organisierte ein Projekt, in dem internationale Street-Art-Künstler provokante Kunstwerke im öffentlichen Raum schaffen. Gleichzeitig kritisiert er, dass die Kulturhauptstadt aus dem Volen schöpfen kann, Vereine wie die Kunsthütte aber trotz alles Sparens kein Geld für Kataloge oder Projekte hätten: »Da stimmen die Verhältnisse nicht mehr.«

Die Euphorie des Hauptstadtjahrs mag manche Sorgen übertünchen. Für die Zeit danach

fürchten viele ein böses Erwachen. Lars Neuenfeld vom Festival »Begehungen« sagt, die Kulturhauptstadt habe Erwartungen geweckt: »Wir sind der Aufforderung gefolgt, europäischer zu denken und professioneller zu werden.« Die Chemnitzer Kultur, die zuvor »ambitionierte Regionalliga gespielt« habe, sei in der »Europa League« angekommen – und müsse nun fürchten, das zu werden, was im Fußball als »Fahrstuhlmannschaft« bezeichnet wird: kurzer Höhenflug, schneller Abstieg. Das dürfe nicht passieren: »Wir dürfen nicht 2026 wieder da landen, wo wir vor ein paar Jahren waren. Die Erwartung ist, dass es nach der Kulturhauptstadt auf ähnlich hohem Niveau weitergeht.« Der Soziologe Ulf Bohmann warnt, dass der Kahlschlag in der Chemnitzer Kultur nach der Euphorie des Hauptstadtjahres zu einer harten Landung und Enttäuschung in der Stadtbevölkerung führen könne: »Dann heißt es womöglich: Wir hatten eine Jahrhundertchance und haben sie nicht genutzt.« ■

Kulturraumgesetz

Die sächsische Ausnahme

Kulturförderung ist in der Bundesrepublik in der Regel eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Das hat Vorteile, schließlich können diese frei entscheiden, wie sie sie ausfüllen wollen. Der Nachteil: Wenn gespart werden muss, geschieht es oft zuerst dort. Sachsen stellt bundesweit eine Ausnahme dar. Hier regelt das zuletzt 2022 novellierte Sächsische Kulturraumgesetz in Paragraph 2, dass »die Kulturpflege eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise« ist. Demnach werden kulturelle Einrichtungen und »Maßnahmen von regionaler Bedeutung« unabhängig von ihrer Trägerschaft und Rechtsform unterstützt, »nach Maßgabe der verfügbaren Finanzmittel«, wie es heißt. Diese belaufen sich für 2025 und 2026 auf je 104 Millionen Euro. Bedingung ist eine »angemessene Beteiligung« der Kommunen, was nicht selten ein Problem ist. Ein anderes: Es handelt sich um eine »weiche« Pflicht. Denn es ist nicht geregelt, welche Art von Angeboten und Einrichtungen konkret und in welchem Umfang zu fördern ist.

Ausführliche Information zum Sächsischen Kulturraumgesetz und seinen Aufgaben bietet der Text »Sächsische Spezialität« von Achim Grunke in Ausgabe 4 des »Kommunalforum«, bestellbar auf kommunalpolitik.info

Sächsische Kulturlandschaften

Der Freistaat hat ein reiches kulturelles Erbe aus sichtbaren Spuren und gelebten Traditionen. Vieles davon ist so vertraut, dass man es kaum hinterfragt. Und doch formt es, was Sachsen war und ist

Text: Monika Mattlener und Berit Tolke



Sachsen ist ein Kulturland. Das zeigt sich in prächtigen Bauten, Traditionen und Erfindungen, die weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt sind. Und das spürt man in der Haltung seiner Menschen: sächsisch selbstbewusst, tief verwurzelt und dabei offen für neue Wege.

Um zu verstehen, was dieses kulturelle Erbe ausmacht, hilft es, sich auf die Spur einer bekannten sächsischen Volksweisheit zu begeben. Sie bringt die Charaktere der drei großen Städte auf den Punkt – und erzählt zugleich viel über Sachsens Geschichte: »In Chemnitz wird ge-

arbeitet, in Leipzig gehandelt und in Dresden das Geld verprasst.«

Chemnitz steht für Arbeit, Industrie und Innovation. Bereits im 19. Jahrhundert war die Stadt ein Zentrum für Textil- und Maschinenbau. Rund 2000 Spinnmaschinen drehten sich hier schon um 1800, Sachsen galt mit seinen modernen Spinnmühlen europaweit als Vorreiter. Auch später noch war die Region ein Ort für neue Entwicklungen, etwa für das Malimo-Gewebe, das zu DDR-Zeiten bei Zwickau erfunden wurde. Heute erzählt das Industriemuseum Chemnitz diese Geschichte weiter – nicht nur

Von der Albrechtsburg in Meißen aus prägten die Wettiner über Jahrhunderte die sächsische Kulturlandschaft – mit Macht, Architektur und einer Liebe zur Kunst, die bis heute nachhallt

mit alten Maschinen, sondern auch als Denkmal der Industriearchitektur.

Und Chemnitz schaut nicht nur zurück: 2025 wird die Stadt Kulturhauptstadt Europas. Ein Zeichen, dass Arbeit und Kultur sich nicht ausschließen. Passend dazu prägt ein besonderes Denkmal das Stadtbild – der Kopf von Karl Marx, den die Menschen hier liebevoll »dn Nischl« nennen.

Leipzig ist seit jeher die Stadt des Handels – und der neuen Ideen. Schon im Mittelalter machte die günstige Lage an wichtigen Handelswegen die Stadt wohlhabend. Doch Leipzig war nie nur Messe- und Marktstadt. Hier wurde 1481 eine der ersten Druckereien gegründet, 1650 erschien die weltweit erste Tageszeitung und 1865 kämpfte der erste Frauenverein Deutschlands für Gleichberechtigung.

Chemnitz, Leipzig, Dresden

Das Bürgertum prägte Leipzig stärker als Fürsten und Höfe. Die Universität zog Denker:innen und Künstler:innen an – und bis heute ist die Stadt ein Ort für Literatur, Debatten und Wandel. Nicht umsonst ist die Leipziger Buchmesse eines der kulturellen Highlights des Landes. Und dass Bach, Mendelssohn Bartholdy oder Schumann hier lebten und wirkten, verleiht der Stadt eine musikalische Tiefe, die bis heute hörbar ist.

Dresden, die dritte große Stadt im Bunde, war dagegen lange das Zentrum von Macht und Repräsentation. Die Wettiner, eines der ältesten deutschen Fürstenhäuser, prägten das Land politisch und kulturell. Unter Friedrich dem Weisen wurde Martin Luther geschützt, unter August dem Starken erlebte Sachsen im 18. Jahrhundert eine kulturelle Blütezeit. Prachtvolle Bauten wie der Zwinger oder die Frauenkirche zeugen davon. Und auch das größte Porzellanwandbild der Welt – der Fürstenzug – ist ein Teil dieser Geschichte. 23.000 Fliesen aus Meißner Porzellan zeigen die Ahnenreihe der sächsischen Herrscher. Es ist nicht nur ein Kunstwerk, sondern ein Stück Identität.

Diese Identität wurde in den letzten Jahrzehnten immer wieder infrage gestellt. Nach 1989 verschwanden viele Symbole des Sozialismus aus dem Stadtbild. Erst vor Kurzem entschied man, das Mosaik »Der Weg der Roten Fahne« am Kulturpalast zu erhalten – als Zeugnis einer Epoche, als handwerkliches Meisterstück und als Denkmal der Erinnerung.

Der spektakuläre Raub des Staatsschatzes aus dem Grünen Gewölbe 2019 war mehr als ein Diebstahl. Er traf das kulturelle Herz Sachsens. Denn die national bedeutsamen Kunstwerke, die dort gestohlen wurden, gelten als Symbol



Das Erzgebirgische Kunsthandwerk mit seinen geschnitzten Figuren und Schwibböggen wurde im März 2025 offiziell als immaterielles Kulturerbe anerkannt

barocker Kunstfertigkeit – und damit als Teil der sächsischen Identität.

Doch Kultur ist nicht nur das, was glänzt. Sie entsteht auch aus dem, was Menschen über Generationen weitergeben. So wurde 2025 das Erzgebirgische Kunsthandwerk – mit seinen geschnitzten Figuren und Schwibböggen – offiziell als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Die »Denkstatt Erzgebirge« sorgt mit viel Engagement dafür, dass diese alte Handwerkskunst lebendig bleibt – auch mit digitalen Mitteln und neuen Ideen.

Und dann gibt es da noch viele andere Schätze: Meißner Porzellan, Glaskunst aus der Lausitz, Uhren aus Glashütte oder die erste deutsche Schokoladenfabrik in Dresden. All das ist Teil der sächsischen Kulturgeschichte – genauso wie die erste Dampflokomotive oder das älteste Planetarium Deutschlands.

Sachsens kulturelle Identität speist sich also nicht nur aus Produktion, Handel und Repräsentation, sondern aus vielfältigen Quellen: aus Kunst, Technik, Mut, Ideenreichtum, Streitlust und einer großen Liebe zur eigenen Geschichte. Ein Erbe, das nicht stillsteht, sondern wächst – mit jeder Generation, die es lebt, ergänzt und neu interpretiert. ■

Alte Handwerkskunst soll erhalten und lebendig bleiben – mit digitalen Mitteln und neuen Ideen

Kultur kompakt

Wie kreativ ist Sachsen? Wie viel wird hier gelesen, besucht, bewahrt, verlegt oder investiert? Unsere Infografik zeigt anhand konkreter Zahlen, wie vielfältig, lebendig und wirtschaftlich bedeutsam das kulturelle Leben im Freistaat ist – und welche Rolle die Kommunen dabei spielen

Text: Konrad Hilger
Illustration: Joan M. Zais

Kulturkaufkräftig

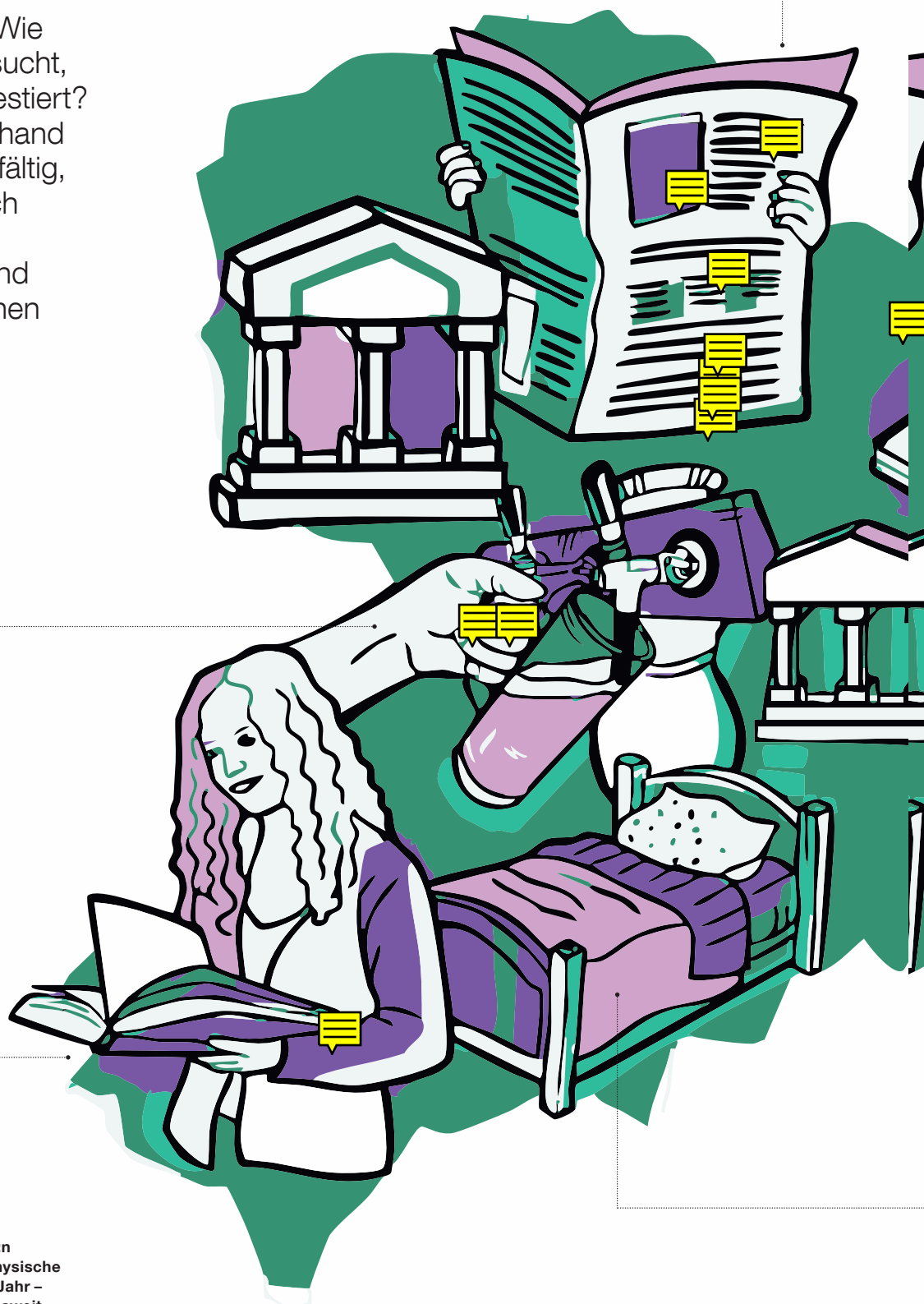
Im Schnitt gab jeder deutsche Haushalt 2940 Euro im Jahr 2022 für Kultur, Freizeit und Sport aus. Den größten Anteil daran hatten Eintrittsgelder für kulturelle Einrichtungen und Ausgaben für Zeitungen und Zeitschriften.

Freiwillig

In der Denkmalpflege, im Museumsbetrieb, hinter den Kulissen, an der Bartheke, im Förderverein, beim Straßenfest – der Kulturbetrieb lebt auch vom bürgerschaftlichen Engagement der Menschen vor Ort.

Leihfreudig

Im Schnitt kommen auf jede:n Einwohner:in Sachsen 4,4 physische Bibliotheksentlehnungen im Jahr – das ist nach Hamburg bundesweit der zweite Platz.



Schreibfleißig

Mit 1325 erschienenen Erstauflagen im Jahr 2023 liegt Sachsen an der Spitze der ostdeutschen Länder. Auf 10.000 Einwohner:innen kommen 3,2 neue Bücher im Jahr, womit das sächsische Verlagswesen im bundesweiten Mittelfeld liegt.

Weltbekannt

Die Unesco führt drei sächsische Stätten in ihrem Weltkulturerbeverzeichnis: Den Muskauer Park/ Park Mużakowski in Bad Muskau, die Montanregion Erzgebirge und seit 2024 die Herrnhuter Brüdergemeinde.

Anschaulich

Über 400 Museen sind über ganz Sachsen verteilt, von denen sich knapp die Hälfte in Kommunen mit 25.000 Einwohner:innen und weniger befinden.

Verbindend

Trotz multipler Krisen zählte der »Landesverband Soziokultur Sachsen« im Jahr 2022 rund 844.000 Besucher:innen seiner Angebote.

Förderwillig

Im Jahr 2021 gaben der Freistaat und seine Kommunen mit 237 Euro je Einwohner:in von allen Flächenländern das meiste Geld in der öffentlichen Kulturförderung aus.

Wirtschaftlich

Die sächsische Kultur- und Kreativwirtschaft mit ihren 81.000 Beschäftigten hat 2023 einen Jahresumsatz von 4,78 Milliarden Euro erwirtschaftet. Damit liegt sie knapp hinter dem traditions-trächtigen Maschinenbau.

Gastfreundlich

Sie kommen zahlreich, vornehmlich aus dem Ausland und am liebsten für kulturelle Highlights: Insgesamt 8,1 Millionen Gästeankünfte und 19,9 Millionen Übernachtungen zählte die sächsische Tourismusbranche im Jahr 2024.





Alternative Kulturprojekte wie die des Hanse 3 e.V. in Dresden zeigen, wie wichtig freie Kulturorte für alle sind – offen, niedrigschwellig und nah dran an den Menschen. Engagierte wie David Adam (2. v.l.) und sein Team arbeiten dabei oft ausschließlich ehrenamtlich

Bedrohte Subkulturen

Die freie Kulturszene im Freistaat steht unter Druck: Wo Räume, Förderung und Planungssicherheit fehlen, geraten kreative Freiräume und gesellschaftliches Miteinander in Gefahr

Text: Beate Erler

Da, wo die Finanzierung vorher schon nicht üppig war, sind die Kürzungen jetzt besonders bedrohlich

Wenn die Kündigung kommt wie angekündigt, dann verlieren die betroffenen Aktiven und die Stadt Dresden einen der letzten Orte, an dem Kunst und Kultur so niederschwellig erlebt und gelebt werden kann«, sagt David Adam. Der Künstler und Pressesprecher des Hanse 3 e.V. gibt gerade viele Interviews. Denn der Kunst- und Kulturverein auf dem Gelände des Alten Leipziger Bahnhofs in Dresden hat vom Eigentümer die Kündigung der Nutzungsgenehmigung erhalten. Im Frühjahr 2025 sollten die rund 40 Musiker:innen, Künstler:innen und Schauspieler:innen, die dort ihre Proberäume und Ateliers haben, alles räumen.

Der Eigentümer, die Globus Markthallen Holding GmbH & Co KG, hat dem Verein die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Seit zehn Jahren sind die Kunstschaaffenden hier aktiv und betreiben neben den Proberäumen und Ateliers noch einen Veranstaltungsraum und einen kleinen Hof, der auch für Partys und Konzerte genutzt wird. »Die Kündigung kam für uns sehr überraschend, und wir haben damit nicht gerechnet«, sagt David Adam, der weiterhin hofft, dass mit dem Eigentümer oder mit der Stadt Dresden eine Einigung gefunden wird.

Begründet wird die Kündigung von Globus mit Lärmbeschwerden und Ruhestörungen auf dem Gelände, das 1839 als erster Fernbahnhof Deutschlands eingeweiht wurde. 1989 wurde der Betrieb eingestellt, und das Gelände lag brach. Der Hanse 3 e.V. sieht sich als lebendigen Treffpunkt für Kunstschaaffende, Gartenfreunde, Kulturbegleitete und Nachbarschaftsprojekte. »Wir sind in den letzten Jahren ein wichtiger Ort der freien Szene und Subkultur geworden, zumal wir ohne jegliche institutionelle Förderung ausschließlich ehrenamtlich arbeiten«, sagt Adam.

So wie dem Hanse 3 e.V. geht es derzeit vielen Kulturprojekten in Sachsen. So plant die Stadt Dresden zum Beispiel massive Kürzungen im Kulturbereich: Rund 2,5 Millionen Euro sollen 2025/26 wegfallen. Theater, Kulturzentren und Musikszene sorgen sich um die Zukunft, weil überall wichtige Mittel gestrichen werden – von der Kommune bis zum Bund. Da, wo die Finanzierung vorher schon nicht üppig war, sind die Kürzungen jetzt besonders bedrohlich. Das betrifft vor allem die freie Kulturszene, soziokulturelle Projekte und den ländlichen Raum.

Eine Villa für viele

Ein gutes Beispiel für gelebte Soziokultur außerhalb der Großstädte ist die Hillersche Villa in Zittau. Das Mehrgenerationenhaus ist Anlaufstelle für kulturelle Teilhabe, politische Bildung und sozialen Austausch im Dreiländereck Deutsch-

land–Polen–Tschechien. Mit ihrem vielfältigen Angebot – von Theater- und Kunstprojekten über Demokratiebildung bis hin zu sozialen Hilfen – ist die Hillersche Villa ein lebendiges Zentrum der Region. Orte wie das Kronenkino, das Café Jolesch oder das Tagungshaus sind ebenso Teil des Hauses wie interkulturelle Formate, die Brücken über Grenzen und Generationen hinweg schlagen. Mit Projekten wie der Interkulturellen Woche oder den Zittauer Filmnächten schafft das Haus regelmäßig Räume für Begegnung und kreative Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen.

Auch ältere Menschen finden hier Angebote, etwa im Rahmen der generationsübergreifenden Arbeit oder beim offenen Mittagstisch im Café Jolesch. Mit der Netzwerkstatt für Zeitgeschichte initiiert die Hillersche Villa zudem Erinnerungsprojekte, die sich unter anderem mit der DDR-Vergangenheit oder der Aufarbeitung rechter Gewalt beschäftigen. Ein besonderes Augenmerk liegt derzeit auf europäischer Kooperation: In verschiedenen EU-geförderten Projekten arbeitet das Haus mit Partnern in Polen und Tschechien an Themen wie Demokratiebildung, Jugendkultur und ländlicher Entwicklung.

Doch auch hier ist die Zukunft nicht gesichert. Angesichts steigender Kosten und unsicherer Förderperspektiven blickt Geschäftsführer Friedemann Herbig mit Sorge auf die kommenden Jahre. »Kino, Konzerte, Theater, kulturelle Begegnungen, Kurse, politische Bildung, Demokratie- und Jugendarbeit – all dies ist zunehmend gefährdet. Soziokultur im ländlichen Raum arbeitet am Limit – sowohl personell als auch finanziell. Unsichere Haushalte, Kürzungen von Fördermitteln, überbordende Bürokratie und ein steigender Rechtfertigungsdruck gegenüber politischen Mandatsträgern erschweren den Zentren zunehmend die Arbeit. Dabei sind wir vor Ort ein wichtiger Anker für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.«

Kampf für alternative Kultur in Zwickau

In Zwickau hat sich die »Barrikade« in diesem Jahr zehn Jahre »am Leben gehalten«, wie es Tony Fischer beschreibt. Das Alternative Zentrum des Roten Baum e.V. Zwickau gibt es seit 2015 in der Stadt. Tony Fischer bezeichnet es als »Untergrundprojekt« und kümmert sich im Verein vor allem um die Technik und das Booking von Bands und Künstler:innen.

Als Verein sind die 15 bis 20 Leute, die aktiv ehrenamtlich mitarbeiten, zum Großteil finanziell unabhängig aufgestellt. Für die eine oder andere Veranstaltung gibt es Förderungen. →



Im Kronenkino der Hillerschen Villa in Zittau sorgen Teamgeschäftsführer Friedemann Herbig und Mitstreiter:innen wie Michael Weigel, Peter Winkler und Kerstin Ritter (v.l.n.r.) für ein vielfältiges Kulturprogramm – trotz vieler Hürden

→ Sie betreiben das »Vendetta Rosso«, ein Vereinsheim mit Kneipenabenden, veganem Essen zum Selbstkostenpreis und Kulturangeboten, sowie die »Barrikade« etwas außerhalb der Stadt. »Wir finanzieren uns durch Veranstaltungen wie Kneipenabende, Konzerte und Festivals«, sagt Tony Fischer, der Siebdrucker ist und mit seiner »Druckbar« ein eigenes Geschäft in Zwickau hat. »Für die Akteure im Verein wäre es schon eine enorme Erleichterung, wenn eine Stelle geschaffen würde, die für den Schriftkram zuständig ist«, sagt er.

Doch leicht hatten sie es hier nie. »Wir sind definitiv abgehärteter als die Leute in der Großstadt und haben uns mit den Widrigkeiten organisiert und möglichst unabhängig strukturiert«, sagt Tony Fischer. Das Gebäude, in dem sich die »Barrikade« heute befindet, hat der Verein zum großen Teil selbst ausgebaut. Es ist ein Veranstaltungsort geworden, in dem seit zehn Jahren Konzerte mit Bands aus der ganzen Welt stattfinden. »Die Barrikade ist ein Symbol für den Kampf von alternativer Kultur in Zwickau und hier besonders wichtig«, erklärt Fischer. Denn die Probleme sind da: Abwanderung, ein Stadtrat, der in Zeiten knapper Kassen noch genauer auf die alternativen Projekte schaut, für die es keine langfristige Absicherung gibt, den Rechts-

ruck auch bei sehr jungen Menschen. »Und die Leute sind im Allgemeinen viel schwerer von etwas zu begeistern«, fügt er hinzu. »Die Subkultur ist in der Regel klein, und man ist eher in der Minderheit als in größeren Städten.«

Von der Stadt aufs Land

Die Förderung der Kultur im ländlichen Raum ist seit Jahren ein großes Thema – und nach wie vor schwer zu lösen. Es braucht den Mut, die Probleme klar zu benennen, aber auch Langzeitprojekte, die modellhaft zeigen, wie es gehen kann. Ein solcher Lichtblick ist das Projekt »X-Dörfer«, initiiert vom Staatsschauspiel Dresden. Seit 2021 unterstützt es Menschen in kleineren Städten und Gemeinden dabei, eigene Kulturformate umzusetzen – darunter Bürgerbühnen in Nossen, Freiberg, Bischofswerda, Bernsdorf und Waldheim, Kulturcafés in Freital und Nebelschütz sowie ein Schreibfestival in Pirna.

Fünf professionelle Regieteams begleiten die Projekte direkt vor Ort. Sie helfen bei Förderanträgen, der Organisation, Raumfindung und Öffentlichkeitsarbeit – also genau bei den Aufgaben, an denen viele Initiativen im ländlichen Raum sonst scheitern würden. »Es ist nicht einfach, Anträge für Projekte zu schreiben, Räume

»Soziokultur im ländlichen Raum arbeitet am Limit – sowohl personell als auch finanziell«

Friedemann Herbig

zu organisieren oder Veranstalter zu sein. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es mehr Strukturen und Menschen, die sich zusammentun – gerade bei der fehlenden Infrastruktur im ländlichen Raum«, sagt Miriam Tscholl, Leiterin des Projekts.

Finanziert wurde »X-Dörfer« bislang mit jährlich 200.000 Euro aus Landesmitteln. Davon wurden auch drei halbe Koordinationsstellen in Dresden getragen. Die Auswahl der Projektorte beschränkt sich aus logistischen Gründen auf einen Umkreis von 60 Kilometern um die Landeshauptstadt. Nach einer einjährigen Startphase sollen die Initiativen eigenständig weitergeführt werden. Ob das Programm im Rahmen der aktuellen Kürzungen fortgeführt werden wird, ist derzeit ungewiss. Dabei hat »X-Dörfer« vielerorts gezeigt, wie viel kreatives Potenzial in kleinen Städten und Gemeinden steckt – wenn den Menschen dort die richtigen Werkzeuge, Unterstützung und Netzwerke zur Verfügung stehen.

Auch hier heißt es also künftig: den finanziellen Gürtel enger schnallen. Dabei hat der Freistaat Sachsen die höchsten Pro-Kopf-Kulturausgaben in Deutschland. In der sächsischen Verfassung ist die Kultur mit dem Sächsischen Kulturraumgesetz sogar als Staatsziel verankert. Seit 1994 ist es in Kraft und soll nun, nach über 30 Jahren, reformiert werden. Das fordert unter anderem der Sächsische Kultursenat, damit Kultureinrichtungen finanziell besser aufgestellt werden können. Denn die Finanzierung steigt nicht im selben Maße wie die Kosten. Deshalb fordern die Vertreter der sächsischen Kulturräume eine Aufstockung und Dynamisierung der Finanzmittel des Kulturraumgesetzes.

So hat das Theater Plauen-Zwickau zum Beispiel in diesem Jahr ein Defizit von 3,3 Millionen Euro. Ohne finanzielle Hilfe drohen Personalab-



»Es ist nicht einfach, Anträge für Projekte zu schreiben, Räume zu organisieren oder Veranstalter zu sein. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es mehr Strukturen und Menschen, die sich zusammentun«

Miriam Tscholl

bau und die Schließung ganzer Sparten. Die Geschäftsführerin Sandra Kaiser sagte dem MDR, dass 80 Prozent der Ausgaben Personalkosten seien, ausgelöst durch die Tarifierhöhungen. Auch das Theater Görlitz-Zittau hat andauernde finanzielle Probleme, genauso wie andere Häuser in Sachsen und vor allem die kommunalen Theater. Intendant Daniel Morgenroth nennt auch hier steigende Kosten durch Tarifierhöhungen, hohe Energiepreise und inflationsbedingt gestiegene Kosten.

Tony Fischer in Zwickau blickt trotz der Probleme eher positiv auf die Kulturentwicklung in der Stadt. »Städte wie Zwickau werden oft auch kleingeredet und unterschätzt, und viele wissen auch gar nicht, was hier alles abgeht«, sagt er und findet, dass Zwickau, gerade als Arbeiterstadt, kulturell gut aufgestellt ist. Mittlerweile kommen auch Gäste aus Großstädten wie Leipzig und ein sehr junges Publikum. »Wir müssen alles geben, um diese Menschen hier zu halten«, sagt er.

In Dresden gibt es derweil neue Hoffnung für David Adam und den Hanse 3 e.V. Die Räumung wurde abgewendet, die Stadt und Globus haben einen provisorischen Deal erarbeitet, der es den Künstler:innen vorerst ermöglicht zu bleiben. Andererseits gibt es noch keine Entwarnung. »Die Situation ist existenzbedrohend«, sagt der Dresdner Künstler. Denn der Verein steht und fällt mit dem Gebäude und dem Veranstaltungsort. Fällt dieser weg, wäre es das Aus für einen der letzten subkulturellen Orte in Dresden. ■

Ungewöhnliche Maßnahme

Kultursponsoring. Weil das Gerhart-Hauptmann-Theater Görlitz-Zittau andauernde finanzielle Probleme hat, griff der Intendant Daniel Morgenroth zu einer ungewöhnlichen Maßnahme: Erstmals sollten an einem Theater zu Sponsoring-Zwecken Namen von Unternehmen prangen, wie man es aus dem Profisport kennt. »Moralischer Snobismus ist bei der Auswahl von Sponsoren fehl am Platz«, sagte Daniel Morgenroth. Anfang Januar 2025 wurde die Suche aber erfolglos beendet, da kein Sponsor bereit war, die nötige Summe zu zahlen.

Räume der Kultur

Kultur braucht Raum – und Menschen, die ihn füllen. In Sachsen wird dieser Raum knapp: In Städten fehlen Mittel, auf dem Land kämpfen Projekte ums Überleben. Unsere Fotostrecke zeigt, was diese Kulturräume verbindet: Engagement, Mut und der Wille, Kultur für alle zugänglich zu machen.

Text: Berit Tolke

Illustration: Joan M. Zais

Mutige Vielfalt

Drei Frauen, drei Städte, eine Botschaft: Kultur gehört in Sachsen zur gesellschaftlichen Grundversorgung. Die Kulturbürgermeisterinnen Dagmar Ruscheinsky aus Chemnitz, Annekatrin Klepsch aus Dresden und Dr. Skadi Jennicke aus Leipzig verwalten mit großem Einsatz das immer knapper werdende Kulturbudget ihrer Städte. Für die Zukunft wünschen sie sich politische Rücken- deckung, stabile Strukturen, mutige Vielfalt – und eine verlässliche Förderung, die Stadt und Land gleichermaßen im Blick hat.







»Die chronische Unterfinanzierung und die Verhärtung gesellschaftlicher Fronten sind leider nichts Neues für die sächsischen Kulturakteure, insbesondere im ländlichen Raum. Nun hat sich die Situation wieder zugespitzt. Doch das Innovationspotential und das Engagement sind ungebrochen. Kultur ist kein Luxus, sondern eine demokratische Grundlage. Ich wünsche mir eine langfristige und stabile Förderung, klare Haltung und verlässliche Strukturen, auch für die freie Szene. Das sächsische Kulturraumgesetz bietet das Potential dafür«

Dr. Skadi Jennicke

»Von Dresden aus blicke ich auf eine vielfältige kulturelle Infrastruktur, die gewissermaßen das Salz in unserem Alltag ist. Aktuell stehen Kulturbetriebe und die Freiheit der Kunst vor großen Herausforderungen. Mein Wunsch für Sachsens kulturelle Zukunft ist klare politische Rückendeckung, eine stabile Finanzierung und Mut zu Vielfalt und Experiment, damit Kultur und Kunst in Stadt und Land lebendig, aufregend und zugänglich für viele Menschen bleiben«

Annekatriin Klepsch



»Sachsen ist gemäß seiner Verfassung ein Kulturstaat. Das heißt auch: Kultur ist ein Grundnahrungsmittel der Gesellschaft. Als Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 übernehmen wir mit aller Kraft und großer Begeisterung Verantwortung für die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt, dem Land und in Europa – und zwar aus der Gesellschaft heraus und nicht von oben verordnet. Das in Chemnitz veröffentlichte White Paper zur Zukunft der Kulturhauptstädte Europas, entwickelt von 64 bisherigen und zukünftigen Kulturhauptstädten, steht beispielgebend dafür«

Dagmar Ruscheinsky



Ein starkes Zeichen

Entgegen allen Trends eröffnete im März 2025 die neue Elbland Kunsthalle im sanierten Heizhaus der ehemaligen Muskator-Werke Riesa. Anja Dietel, Matthias Seifert und ihr Verein Muskator e.V. setzen damit mitten im strukturschwachen Raum ein mutiges Bekenntnis zu Gegenwartskunst, kultureller Bildung und Diskurs. Hier entstehen neue Blickwinkel – für alle, die sich einlassen wollen. Dass ein solcher Ort heute Realität wird, ist nicht selbstverständlich, sondern ein starkes Zeichen für das Potenzial kultureller Erneuerung außerhalb der Zentren.



Raum für Jugendkultur

Seit über drei Jahrzehnten ist das »Kombi« in Nünchritz auch ein kultureller Ankerpunkt für junge Menschen – mitten im ländlichen Raum, mit Angeboten, die sonst oft fehlen. Graffiti-Workshops, Bandproben, Tonstudio, Medienprojekte: Das Team um Leiter Martin Rettig (Mitte) schafft inklusive Räume für Selbstwirksamkeit, Gemeinschaft und kulturelle Teilhabe. Einrichtungen wie diese sind gerade für die junge Generation unverzichtbar – und doch oft als Erste von Kürzungen bedroht.

Mit Herzblut und Haltung

Zwischen alten Backsteinwänden blüht in der Alten Spitzenfabrik Grimma ein Ort auf, wie man ihn im ländlichen Raum kaum erwartet: Konzerte, Open-Air-Kino, Ausstellungen, Workshops, das Container-Café und ein Festival machen das Gelände zu einem Treffpunkt für Jung und Alt, Szene und Nachbarschaft. Livia, Tobias und Emmi sind nur einige aus dem engagierten SpiFa-Team, die mit Herzblut und Haltung zeigen, was möglich ist, wenn Ideen wachsen dürfen.



Großes Kino für junge Menschen

Das Internationale Kinder- und Jugendfilmfestival »Schlingel« in Chemnitz ist ein kulturelles Aushängeschild für Stadt und Freistaat – und ein Botschafter der deutschen Kultur im Ausland

Text: Kristin Kasten



Ein Hauch von Hollywood in der Stadt: Der rote Teppich ist ausgerollt, die Scheinwerfer sind an, Blitzlichter flackern auf. Was das Internationale Kinder- und Jugendfilmfestival »Schlingel« in seiner 30-jährigen Geschichte in Chemnitz aufgebaut und für die Stadt geleistet hat, ist bemerkenswert. Es begann mit 700 Zuschauer:innen in einem Tanzsaal und lockt heute bis zu 25.000 Menschen in die Kinosäle.

Längst ist das »Schlingel« mehr als nur ein regionales Filmfestival. Es zählt zu den wichtigsten Plattformen für Kinder- und Jugendfilm in Europa und beweist, dass Kultur für junge

Menschen weit mehr sein kann als bloße Unterhaltung. Filmschaffende aus aller Welt reisen nach Chemnitz – im Gepäck: Einblicke in fremde Kulturen, neue Perspektiven und Geschichten, die über Grenzen hinweg verbinden.

»Wir möchten eine gewisse Pluralität im Sehen von Filmen ermöglichen«, sagt Michael Harbauer, 56, Gründer und Festivaldirektor. »Kinder und Jugendliche sollen Einblicke in Welten bekommen, die sich nicht bloß fünf Kilometer vor der eigenen Haustür abspielen.« Ein diverses und aufgebrochenes Bild wünscht sich der Direktor, ein Eintauchen in fremde Kulturen. Und diese Vielfalt sei dringend nötig,

Beim Filmfestival »Schlingel« sind Kinder und junge Leute die Hauptdarsteller:innen – wie hier zur Eröffnung im September 2024

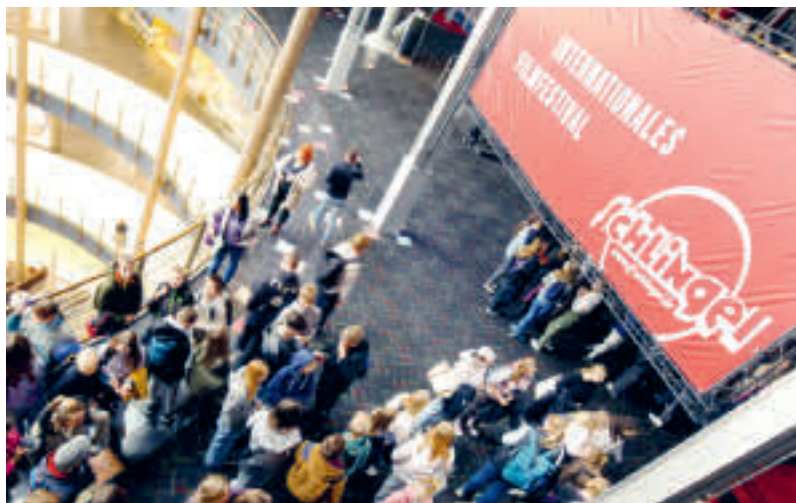
denn selbst Kinderfilme aus den direkten Nachbarländern würden nur selten den Sprung über die Grenze schaffen. »Und wenn sie es schaffen, sind sie kaum sichtbar.«

Ein Blick über den eigenen Tellerrand hinaus – genau den will das »Schlingel« ermöglichen. Und während das Festival Kindern die Welt des internationalen Films eröffnet, hat es sich selbst längst als feste Größe in der Branche etabliert. »Es gibt kaum einen Kinderfilm aus dem deutschsprachigen Raum, der nicht den Weg zu uns findet«, sagt Harbauer. Filmschaffende wissen längst: Wer es hier ins Programm schafft, kann weit über die Festivalgrenzen hinaus Aufmerksamkeit gewinnen und den Sprung auf internationale Kinoleinwände schaffen.

Angefangen hat alles mit einer kleinen Filmshow für Kinder, organisiert mit viel Leidenschaft und wenig Budget. »1996 gab es in Chemnitz nur noch ein einziges Kino, das Metropol«, erinnert sich Harbauer, der damals Leiter der Filmothek des Landesfilmdienstes Sachsen war. »Alle anderen Kinos wurden von der UFA übernommen und geschlossen.« Kinderfilme seien im Metropol kaum gezeigt worden. Ein Missstand, den Harbauer so nicht akzeptieren konnte. »Ich bin als Kind jeden Sonntag ins Kino gegangen – und wollte das auch meinem Sohn ermöglichen, der genauso alt ist wie das Festival.« Also rief er zusammen mit Sylvia Zimmermann die 1. Chemnitzer Kinderfilmschau »Schlingel« ins Leben.

Große Nachfrage von Anfang an

Die Premiere fand im Haus Einheit statt – unter abenteuerlichen Bedingungen. Am Vorabend spielte dort noch die Band »Die Ärzte«. Kaum war das Konzert vorbei, begann Harbauer mit seinem Team, den Saal für die erste Vorführung umzubauen. »Wir mussten die Filmprojektoren teilweise im Zuschauerraum aufstellen, um überhaupt ein Bild auf die Leinwand zu bekom-



Seit 2003 vergibt die Europäische Kinderjury den Europäischen Kinderfilmpreis

men«, erinnert er sich. Die Leinwand war aber immerhin einen halben Meter größer als die des Metropol-Kinos. »Wir konnten also mit der größten Leinwand von Chemnitz werben«, sagt Harbauer und lacht.

Bereits in den ersten zwei Editionen des Festivals zeigte sich: Die Nachfrage nach Filmen für ein junges Publikum war groß. Bald reichte die provisorische Spielstätte nicht mehr aus – das »Schlingel« brauchte eine größere Bühne. Und die fand das Filmfestival im neu eröffneten CineStar Luxor, einem Bau, der als Filmtheater Luxor-Palast bereits in den 1920er Jahren Geschichte schrieb. »Als mich der Kinoleiter damals fragte, war ich mir unsicher, ob er es wirklich ernst meinte«, erinnert sich Harbauer. Ihr kleines Filmfestival in einem Kino mit zwölf Sälen? »Plötzlich hatten wir eine professionelle Infrastruktur und konnten sogar Filme für unterschiedliche Altersgruppen zeigen.« Ein Meilenstein sei der Umzug gewesen, »ein ganz, ganz großer Schritt«.

Mit den Jahren wuchs das Festival stetig, nahm immer mehr Säle in Beschlag und brachte zunehmend Erstaufführungen auf die Leinwand. Doch was war ein Filmfestival ohne Preisverleihung? Diese Frage stellten sich auch die Macher:innen und klopfen bei der Stadt Chemnitz an. Mit Erfolg: 2001 wurde der Internationale Kinderfilmwettbewerb ins Leben gerufen. Die Stadt stellte dafür ein Preisgeld von 10.000 Mark bereit. Politischer Rückenwind, der dem Festival guttat. »Das war unser zweiter Meilenstein«, sagt Harbauer. Die Zuschauerzahlen verzehnfachten sich in den folgenden Jahren, sodass zur zehnten Festivalausgabe bereits knapp 7000 Besucherinnen und Besucher die Vorstellungen füllten.

Doch dann kam der Rückschlag: Das Kino schloss, und das Festival musste ins CineStar in der Galerie Roter Turm umziehen. »Die Chemnitzer wollten das aber nicht«, erinnert sich →

»Kinder und Jugendliche sollen Einblicke in Welten bekommen, die sich nicht bloß fünf Kilometer vor der eigenen Haustür abspielen«

Michael Harbauer,
Festivaldirektor



→ Harbauer. »Das war eine wirklich schwierige Zeit für uns.« Der neue Standort wurde zunächst nicht angenommen – im ersten Jahr brach die Besucherzahl um die Hälfte ein. Sogar der Kinobetreiber zweifelte: »Er fragte uns, ob es überhaupt noch Sinn macht, das Festival fortzuführen.« Auch das Team rund um Harbauer zweifelte für einen Moment. Doch aufgeben kam für sie nicht infrage. Und ihre Ausdauer wurde belohnt. »Im nächsten Jahr stiegen die Besucherzahlen wieder an«, erzählt Harbauer. Das »Schlingel« fand seinen Platz in der Stadt. Auch die Kooperation mit Schulen festigte sich. »Heute besuchen bis zu 25.000 Menschen unsere Vorstellungen.«

Publikum vor allem aus der Region

Die meisten Festivalgäste kommen aus Chemnitz und der Region. Die Stadt hat rund 250.000 Einwohner:innen. »Etwa zehn Prozent von ihnen besuchen unser Festival«, sagt Harbauer stolz. Das sei doch eine ordentliche Zahl. Dass Gäste von außerhalb in der Minderheit sind, liegt an der besonderen Zielgruppe. »Wenn man Filme für Erwachsene macht, reisen die auch von weit her an«, sagt Harbauer. »Aber kein Elternteil fährt von Hamburg nach Chemnitz, nur um mit seinem Kind einen Film zu sehen.« Anders sieht es beim Fachpublikum aus: 600 bis 700 Filmschaffende, Verleiher und Festivalmacher:innen aus aller Welt reisen jedes Jahr nach Chemnitz,

um die Filme gemeinsam mit der Zielgruppe zu erleben.

Zwar kann Chemnitz weder mit einer großen Kinolandschaft noch mit einer florierenden Gastro- und Hotelszene punkten, doch dafür schlägt hier ein großes Herz für das Filmfestival. »Die Stadt und der Freistaat stehen stabil hinter uns«, sagt Harbauer. Als finanzielle Hauptförderer des »Schlingel« machen sie das Festival erst möglich – und für Chemnitz zahlt sich das aus. »Wir haben berechnet, dass für jeden Euro, den die Stadt in das Festival investiert, vier Euro in Chemnitz ausgegeben werden«, erklärt der Direktor. Ausgaben für Essen, Getränke und persönliche Besorgungen sind da noch nicht einmal eingerechnet.

Neben ideeller Unterstützung vergibt das Festival auch über ein Dutzend Preise – gestiftet unter anderem vom MDR, von der Sächsischen Landesmedienanstalt, dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus sowie der Stadt Chemnitz. Doch trotz zahlreicher Förderer und Sponsoren bleibt die Finanzierung jedes Jahr eine Herausforderung. »In der Kultur lebt man immer von der Hand

Die Stadt und der Freistaat machen als finanzielle Hauptförderer des »Schlingel« das Festival überhaupt erst möglich – für Chemnitz und seine Kinder zahlt sich das aus

Chemnitz hat rund 250.000 Einwohner:innen. Etwa zehn Prozent von ihnen besuchen das Festival

in den Mund«, sagt Harbauer. Bund, Land und Kommunen hätten jeweils eigene Haushalte – für ihn »drei Bremspedale«, die oft in ihrer Unterschiedlichkeit Kreativität ausbremsen. »Es gab einfachere Jahre«, resümiert er. Aber auch schwerere. »Am Ende hat man leider nie eine ausreichende Finanzierung, um all das umzusetzen, was man im Herzen als wichtig betrachtet.«

181 Filme aus 52 Ländern

Das große Ziel, das Harbauer mit der Gründung des Festivals verfolgte, ist aber längst Realität geworden: Er hat die Kinolandschaft in Chemnitz vielfältiger gemacht und die weite Welt in die Stadt geholt. Heute ist das »Schlingel« ein Schaufenster für internationales Kino – allein im vergangenen Jahr präsentierte das Festival 181 Filme aus 52 Ländern. Die Filmauswahl trifft Harbauer gemeinsam mit vier Kollegen, doch die Sichtungsarbeit bleibt anspruchsvoll: Rund 300 Spielfilme schaut er jedes Jahr. Das »Schlingel« hat sich eine Nische erarbeitet, die sonst kaum jemand bespielt. Heute unterscheidet das Filmfestival zwischen Kinder-, Junior- und Jugendfilmen – und setzt in jedem Bereich eigene Akzente.

Doch die Arbeit des Festivalteams endet nicht mit der jeweils aktuellen Ausgabe des »Schlingel«. Es engagiert sich weit darüber hinaus, um internationale Produktionen in deutsche Kinosäle zu holen. »Wir unterstützen ausgewählte Filme bei der Synchronisation ins Deutsche oder regen an, sie zu untertiteln«, erklärt Festivaldirektor Harbauer. Zudem versucht das Team, Fernsehsender und Verleihe dafür zu gewinnen, diese Filme ins Programm aufzunehmen. »Gerade für fremdsprachige Produktionen sind die Hürden in Deutschland hoch.«

Gleichzeitig trägt das »Schlingel«-Team deutsche Filme in die Welt hinaus – als Botschafter der heimischen Filmkultur. »Wir wollen unsere Kultur und Lebensweise international erlebbar machen«, sagt Harbauer. Mit deutschsprachigen Produktionen reist das Team zu Festivals rund um den Globus und sorgt dafür, dass deutsche Kinder- und Jugendfilme auch außerhalb des eigenen Sprachraums gesehen werden. Der Erfolg gibt ihnen recht: Das Filmfestival ist längst eine begehrte Plattform für Filmschaffende geworden. »Sie wissen, dass wir ihnen helfen, ihre Werke über Landesgrenzen hinweg sichtbar zu machen.«

Bei seiner Arbeit im Ausland erlebt das Team immer wieder kulturelle Unterschiede. »Manche Filme funktionieren nicht überall – sei es wegen zu vieler Kuss-Szenen oder weil der nackte Po einer Mutter kurz zu sehen ist. In bestimmten Tei-

»Manche Filme funktionieren nicht überall – sei es wegen zu vieler Kuss-Szenen oder weil der nackte Po einer Mutter kurz zu sehen ist«

Michael Harbauer, Festivaldirektor

len der Welt ist das einfach nicht vermittelbar«, sagt Harbauer. Oft bekomme man Unterschiede plakativ vor Augen geführt. »Es gibt ganz viele Ressentiments, mit denen man umgehen lernen muss.« Doch genau diese Erfahrungen machen den kulturellen Austausch für ihn spannend und wichtig.

»Am Ende geht es darum, Kindern die Möglichkeit zu geben, über den Tellerrand hinauszublicken und ihren Horizont zu erweitern«, sagt Harbauer. Rund 15 bis 20 Festivals außerhalb Europas werden jährlich mit deutschsprachigen Kinder- und Jugendfilmen ausgestattet. »Und wenn ich dann auf einem Festival in Mexiko oder Indien einen Film entdecke, den ich mit nach Deutschland bringen kann, dann ist das ein echter Glücksmoment.«

»Ein purer Job« sei das »Schlingel« für ihn nie gewesen, sondern immer schon eine »Herzensangelegenheit«. Michael Harbauer erinnert sich an eine Begegnung mit Zdeněk Miler, dem Schöpfer des »Kleinen Maulwurfs«, der 2015 den »Ehren-Schlingel« erhielt. Kurz darauf verstarb der Künstler – doch ein Stück seiner Arbeit lebt auf besondere Weise im Festival weiter: Der letzte von ihm gezeichnete Maulwurf zierte ein »Schlingel«-Plakat, das heute in den Büroräumen des Teams hängt. Für Harbauer ist es mehr als nur eine Erinnerung – es steht für die Einfachheit und Herzlichkeit, mit der Miler Kindern die Welt erklärte. »Er zeigte, dass viele Dinge gar nicht so kompliziert sind, wie wir Erwachsenen sie oft machen. Man muss sie nur mit Offenheit und Freundlichkeit angehen.« ■

Trotz zahlreicher Förderer und Sponsoren bleibt die Finanzierung des Festivals jedes Jahr eine Herausforderung



Sichtbar und vernetzt

Mit Projekten wie dem Relaunch unserer Webseite und dem ersten erfolgreichen Messeauftritt in Leipzig zeigen wir, was uns wichtig ist – Kommunalpolitik sichtbar und verständlich für alle machen



Auch unser Fachbuch- und Magazinautor Achim Grunke besuchte uns auf der Leipziger Buchmesse

Premiere in Leipzig

Buchmesse. Was für eine tolle Erfahrung! Im Frühjahr 2025 waren wir mit dem KFS zum ersten Mal mit einem eigenen Stand auf der Leipziger Buchmesse vertreten – und präsentierten dort unser breites und spannendes Angebot rund um die Kommunalpolitik. Besonders viel Aufmerksamkeit erhielt unser frisch erschienenen Nachschlagewerk »Kommunal-ABC. Lexikon für die Lokalpolitik«, aber auch unsere ausgelegten Magazine »Das Kommunalforum« wurden interessiert durchgeblättert und dienten dabei oft zum Einstieg in anregende Gespräche. Vier Tage lang tauschten wir uns mit Kommunalpolitiker:innen, Lehrer:innen, Kolleg:innen aus der politischen Bildung, Journalist:innen und – dank des schönen Designs unserer Publikationen – auch mit Grafiker:innen aus. Und nebenbei haben wir vermutlich unser Körpergewicht in Kaffee getrunken. Mit fast 300.000 Besucher:innen – damit hatten wir wirklich nicht gerechnet – war die Buchmesse für uns ein großartiger Ort für den Austausch mit Menschen, die sich für Kommunalpolitik interessieren. Und das nicht nur in Sachsen, sondern auch weit darüber hinaus.

Neuer Auftritt online

Webseite. Unsere Arbeit frischer, klarer und einfacher präsentieren – mit diesen Zielen haben wir in den letzten Monaten unseren Webauftritt überarbeitet. Seit Jahresbeginn sind wir nun unter kommunalpolitik.info zu finden – eine Adresse, die deutlich macht, worum es bei uns geht: kommunalpolitische Informationen.

Schon auf der Startseite erhalten Sie einen schnellen Überblick über aktuelle Themen. In der Rubrik »Recherche« lassen sich alle Beiträge bequem durchsuchen und filtern. Unser Archiv mit älteren Nachrichten bleibt erhalten und wird demnächst mit Schlagwörtern ergänzt. Neu ist die Rubrik »Im Fokus«, in der wir ab sofort jeden Monat einen ausgewählten Beitrag besonders hervorheben. Außerdem bündeln wir künftig wichtige Inhalte in Themen-Dossiers und geben Lesetipps.

Auch unser Magazin »Das Kommunalforum« und unsere kommunalpolitischen Bücher lassen sich nun direkt von der Startseite aus finden. Alle unsere Veröffentlichungen – ob gedruckt oder digital – sind dort aufgelistet und bestellbar. Und Sie finden hier auch sämtliche Ausgaben unserer neuen »Kommunal-Info«, die seit Jahresbeginn als Newsletter erscheint und abonniert werden kann. Ein Veranstaltungskalender sowie Informationen zu unserem Verein runden den neuen Webauftritt ab. Und wer möchte, erfährt hier auch den Namen des sympathischen Hundes, der in unseren Illustrationen gern auf den Inhalt verweist und der uns zu einem liebgewonnenen KFS-Maskottchen geworden ist.

➔ kommunalpolitik.info

Unser Maskottchen aus dem Comic dieses Magazins führt die Leser auch durch unsere neue Webseite





**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

... ein Begriff für politische Bildung

POLITISCHES SACHBUCH

Anzeige



Bildungsaktive Kommunen

Erfahrungen und Konzepte
gelingender Bildungspartnerschaften

Bildungsaktive Städte und Kreise leisten einen wichtigen Beitrag zu gelingenden Bildungsbiografien. Ihre institutionelle Anerkennung bleibt jedoch nach wie vor gering. Kommunale Koordinierung und lokale Verantwortungsgemeinschaften tragen wesentlich dazu bei, junge Erwachsene beim Übergang in den Beruf zu begleiten, soziale Ungleichheiten abzufedern und das Bildungssystem nachhaltiger zu gestalten. Die Autor*innen analysieren die Herausforderungen und Chancen einer zukunftsfähigen Bildungsarchitektur und geben praxisnahe Impulse für eine stärkere Rolle der Kommunen in der Bildung.

von Heiner Bernhard, Wilfried Kruse, Ragna Melzer,
Mirko Pink und Michael Schübler

Reihe „Politisches Sachbuch“

ISBN 978-3-7344-1729-0, ca. 160 S., € 22,00

PDF: ISBN 978-3-7566-1729-6, € 21,99



ISBN 978-3-7344-1664-4



ISBN 978-3-7344-1446-6



ISBN 978-3-7344-1575-3

Alle Titel
der Reihe im
Webshop -
auch als PDF.



www.wochenschau-verlag.de

Bestandswahrung heißt das Zauberwort

Angesichts drohender Finanzkürzungen ist die Verunsicherung in den sächsischen Kulturbetrieben groß. Die Verantwortlichen reagieren mit Pragmatismus, Zusammenhalt – und erstaunlich viel Kreativität

Text: Karin Großmann



Der Dresdner Kreuzchor bewegt die Menschen seit 800 Jahren – doch hinter den Kulissen drücken steigende Kosten die Stimmung

Im vergangenen Herbst wurde das Weber-Museum in Dresden-Hosterwitz ausgeräumt. Möbel, Bilder, Notenblätter und der Taktstock des Meisters kamen ins Lager. So wurde Platz geschaffen für die denkmalgerechte Instandsetzung des ehemaligen Winzerhauses. Fünf glückliche Sommer verbrachte der Komponist Carl Maria von Weber mit seiner Familie in dieser Idylle. Es gibt nicht so viele authentische Künstlerorte in Sachsen. Die Arbeiten im Haus sollten im Frühjahr beginnen. Nun steht der Termin in den Sternen angesichts drohender Kürzungen im Etat der Landeshauptstadt. »Bis voraussichtlich 2026« bleibt das Museum geschlossen, und das sei optimistisch geschätzt, meint der Chef. Dr. Gisbert Porstmann leitet den Verbund Dresdner Museen. Die großen, meint er, werden jeweils eine Sonderausstellung streichen müssen. Eine Schau über Plattenbauten in Ost und West wurde aufs nächste Jahr verschoben. Damit auch der Ticketerlös. Die neue Konzeption für die Dauerausstellung im Dresdner Stadtmuseum – diese endet mit dem Mauerfall – ist zwar auf dem Weg. Aber da wird sie lange bleiben. »Das Dilemma ist, dass für Haushaltszuweisungen das Jahr 2018 als Berechnungsgrundlage herangezogen wird«, sagt Porstmann. Über sechzig Prozent des Budgets werden allein für Fixkosten wie Wachdienst gebraucht. »Unser Netzwerk aus Bildung und Vermittlung bricht zusammen.« Die von der Stadt jetzt avisierten 200.000 Euro für dieses und nächstes Jahr seien der berühmte Tropfen, »aber nicht auf den heißen Stein, sondern auf einen brodelnden Vulkan«.

Die Verunsicherung der Kulturakteure ist groß, in der Freien Szene wie in den etablierten Häusern. Statt Klarheit gibt es für alle längerfristigen Pläne das Prinzip Hoffnung. Denn die Dresdner Stadträte haben die Entscheidung über den Doppelhaushalt für 2025/2026 immer wieder vertagt. Sie einigten sich erst in einer Sondersitzung am 31. März. Vor Juni wird der städtische Haushalt nicht freigegeben. Über das Kulturbudget des Freistaats muss noch der Landtag befinden. Fest steht nur, dass in der Kultur wie in anderen Bereichen gespart werden muss. Die Frage bleibt: Wie viel und bei wem? »Wir hatten lange nicht mehr so viele Ungewissheiten«, sagte die scheidende Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen, Marion Ackermann.

Als im Spätherbst 2024 die ersten Pläne zu Kürzungen im Dresdner Kulturbudget bekannt wurden, war von einer »Liste der Grausamkeiten« die Rede. Der Ruf als Kulturstadt sei massiv gefährdet, warnte eine Petition. »Bestehende Angebote müssten gestrichen werden, dringende Maßnahmen zur Modernisierung

und Digitalisierung blieben auf der Strecke. Für die Menschen heißt das weniger Konzerte, Museumsbesuche, Tanz, Schauspiel, Unterhaltungstheater, weniger kulturelle Erfahrungen und Begegnungen, weniger Momente der Erholung vom Alltag – kurzum weniger Lebensqualität.« Fünfzehn Einrichtungen hatten sich in kurzer Zeit geeinigt und die Petition auf den Weg gebracht. Ein Zeichen des solidarischen Miteinanders. Die Proteste trugen gewiss dazu bei, dass im städtischen Kulturetat statt der zunächst geforderten 4,7 Millionen Euro nun 2,5 Millionen Euro pro Jahr eingespart werden.

Existenzsorgen verbinden. Auch wenn sie unterschiedlicher Art sind. Beim Dresdner Kreuzchor muss das Elterngeld womöglich schon



»Wir wollen verhindern, dass Arbeitsplätze und Einrichtungen einfach verschwinden«

Sächsische Kulturstatsministerin
Barbara Klepsch

wieder erhöht werden, um steigende Kosten für Verpflegung, Betreuung und Musikunterricht abzufangen. Dabei liegt der Satz schon jetzt erheblich über dem des Thomanerchors. Beim Festspielhaus Hellerau ohne eigenes Ensemble wirkt sich jeder fehlende Euro direkt aufs künstlerische Programm aus. Womöglich kann das Haus nur vier statt zehn Monate spielen. Das Theater Junge Generation, die Staatsoperette und die Dresdner Musikfestspiele müssen mit Einschnitten rechnen.

Existenzsorgen verbinden

Bei den Städtischen Bibliotheken Dresden muss zwar nicht so viel gespart werden wie befürchtet, aber immer noch 400.000 Euro im Doppelhaushalt. »Das schwitzt man nicht mal eben so aus«, sagt die Direktorin Marit Kunis. »Das werden die Nutzerinnen und Nutzer merken.« Sie werden merken, wenn weniger neue Bücher ins Regal kommen, 75.000 statt 100.000 im Jahr. Das liegt auch an den steigenden Buchpreisen und Lizenzkosten für E-Books. »Wir werden der wachsenden Nachfrage nicht gerecht werden können«, sagt Marit Kunis. »Schon jetzt liegt die Wartezeit auf ein aktuelles E-Book bei sechs bis acht Wochen.« Bei den Schulbibliotheken, die →

→ von der Hauptbibliothek eingerichtet und betreut werden, bleiben vorerst 30 auf der Warteliste. Es wird schwierig genug, die existierenden zu halten.

Bestandswahrung: Das ist das erklärte Ziel von Kommune und Freistaat. »Wir wollen verhindern, dass Arbeitsplätze und Einrichtungen einfach verschwinden«, sagt Staatsministerin Barbara Klepsch (CDU). Die Fassade soll weiterhin glänzen. Doch dahinter zieht es und bröckelt es, in städtischen wie in staatlichen Instituten. Die Zuständigen reagieren wie die Bäcker an der Ecke. Sie nennen es »Anpassung«, wenn die Eierschecke wieder was mehr kostet. Heißt: kürzere Öffnungszeiten und teurere Tickets. Bei den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden wurde der Eintritt in Albertinum, Residenzschloss, Zwinger und Historisches Grünes Gewölbe zu Jahresbeginn um jeweils zwei Euro angehoben. Alle Museen der SKD schließen eine Stunde früher als bisher. Das wird Tourist:innen nicht freuen. Die Puppentheatersammlung, die erst kürzlich im Kulturkraftwerk eingerichtet wurde, bleibt an zwei Tagen in der Woche gleich ganz zu. Das Museum für Sächsische Volkskunst öffnet nur noch von Freitag bis Sonntag, ausgenommen die beliebte Oster-Schau.



Ein Museum von Weltrang – doch wie lange noch? Auch das Deutsche Hygienemuseum Dresden steht im Schatten drohender Kürzungen

»Wir müssen mit weniger Geld kreativer umgehen. Qualität und Angebot der Häuser sollen nicht beeinträchtigt werden. Wo Semperoper draufsteht, muss auch Semperoper drin sein«

Wolfgang Rothe, Kaufmännischer Geschäftsführer

Selbst ein gewaltiger Tanker wie die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek Dresden, die in den kommenden Jahren technisch generalsaniert werden soll, selbst ein solches deutschlandweit führendes Unternehmen kommt um den Rotstift nicht herum. Die Fernleihe ist nicht mehr umsonst, sondern kostet 1,50 Euro pro Bestellung. Und seit Januar geht nicht erst um Mitternacht das Leselicht aus, sondern 23 Uhr.

Die großen Museen und Gartenanlagen in der Region folgen dem Trend. Erstmals gibt es in diesem Jahr in Schloss Weesenstein, auf der Albrechtsburg Meißen und im Barockgarten Großsedlitz einen Schließtag, zusätzliche Schließtage im Kloster Alzella und im Fasanschlösschen in Moritzburg. Dieses Kleinod, für das August der Starke den Grundstein legte, öffnet künftig nur noch von Freitag bis Sonntag. Die Schlösserverwaltung des Freistaats hat eine weitere Sparchance entdeckt: Sie will die Wasserspiele im Großen Garten, im Zwinger und auf der Brühlschen Terrasse in Dresden seltener spielen lassen als bisher. Vielleicht je nach Wetter. Bei Regen fällt die Fontäne aus.

Was weg ist, ist weg

Das Schloss Nossen über dem Tal der Freiburger Mulde fällt seit November ganz aus. Es wird saniert und bekommt ein neues Konzept. Vage ist von einer Wiedereröffnung in den 2030er Jahren die Rede.

Man könnte das Schloss verkaufen. Man könnte das Festspielhaus Hellerau schließen. Man könnte die Theater in der Region noch weiter fusionieren oder nur noch von Gästen bespielen lassen statt von eigenen Ensembles. Das wären wirklich harte Einschnitte. Sie wären mit Einbußen für Künstler:innen, Kunstinteressierte und Renommee verbunden. Und sie wären nicht populär. Wie viel ehrenhafter erscheint es, die kulturelle Infrastruktur zu verteidigen und um den Erhalt jedes einzelnen Kulturbetriebs in Sachsen zu kämpfen. Denn was erst mal weg ist, ist weg. Alte chinesische Spruchweisheit. Deshalb klingt es bemerkenswert, wenn die Kulturräume im nächsten Doppelhaushalt mit gut 104 Millionen Euro genauso viel Geld be-



kommen sollen wie 2024. Doch de facto stehen angesichts steigender Personal- und Sachkosten viel weniger Mittel für das Programm zur Verfügung.

Ähnliches gilt für die sächsischen Kulturstaatbetriebe. Staatsoper und Staatsschauspiel Dresden müssen allein im nächsten Jahr einen »Sparbeitrag« von 7,3 Millionen Euro aufbringen, sagt Wolfgang Rothe, Kaufmännischer Geschäftsführer beider Häuser. »Das ist ein ganz großer Berg.« Der lasse sich nur zu einem geringen Teil durch Rücklagen und den Überschuss vom Vorjahr abarbeiten. »Wir müssen mit weniger Geld kreativer umgehen. Qualität und Angebot der Häuser sollen nicht beeinträchtigt werden. Wo Semperoper draufsteht, muss auch Semperoper drin sein.« Das Staatsschauspiel rechnet laut Intendant Joachim Klement mit 600.000 Euro weniger in diesem Jahr und mit einer Inszenierung weniger im Schauspielhaus. Das Festival »Fast Forward«, das seit 2017 jungen Regieteams aus ganz Europa in Dresden eine Plattform bietet, muss sich einen anderen Ort suchen. Klement hat das Festival in seiner Braunschweiger Zeit begründet. »Ich würde es nicht weggeben, wenn ich nicht müsste. Das ist sehr schmerzlich.«

Trotz aller Sparzwänge halten Bibliotheken, Theater- und Museumsleute an günstigen Angeboten für Kinder und Jugendliche fest. Bei den Staatlichen Kunstsammlungen bleibt der Eintritt für Gäste bis 17 Jahre frei. Auch die Aktion »Frei ab drei!« wird fortgeführt, bei der jeden Sonntag ab 15 Uhr ein anderes Museum des Verbundes seine Türen kostenfrei öffnet. Im Dresdner Stadtmuseum haben Kinder bis sieben Jahre freien Eintritt, und freitags ab 12 Uhr können alle die Museen der Stadt Dresden kostenlos besuchen.

Das Theater Junge Generation, die Dresdner Philharmonie, Staatsoperette und Staatsschauspiel bieten ihrem jungen Publikum uneingeschränkt alles, was möglich ist: Probenbesuch, Workshop, Mitmachclub, die Begleitung einer Inszenierung bis zur Premiere, spezielle Programme für Familien und Schulklassen, halbierte Ticketpreise ... Hier werden keine Abstriche gemacht. Auch die Semperoper schnürt ein ganzes Paket für Jugendliche. Sie können zum Beispiel für 30 Euro vier Konzerte der Staatskapelle oder vier Opernvorstellungen besuchen. Für alle Gäste gibt es nach wie vor den sogenannten Dresden-Tag. Eine Theaterkarte kostet höchstens 28,50 Euro. In der nächsten Spielzeit stehen 16 Inszenierungen zur Auswahl. Man wolle den »ganzen Klangfarbenreichtum unseres Lebens« auf die Bühne bringen, kündigt die Intendantin Nora Schmid an. Da ist wenigstens einmal von Reichtum die Rede. ■

Interview

»Irgendwann ist Schluss«

Mit bis zu 300.000 Gästen im Jahr ist das Deutsche Hygiene-Museum Dresden eines der bestbesuchten Häuser in der Bundesrepublik. Es wurde 1912 gegründet und wird seit 1999 von einer Stiftung getragen. Dr. Iris Edenheiser leitet das Haus seit 2022.

Die Sparpläne von Dresden bedrohen das Hygiene-Museum mehr als alle anderen kulturellen Einrichtungen der Stadt. Was kommt im Doppelhaushalt 2025/26 auf Sie zu?

Nach aktuellem Stand werden uns immer noch voraussichtlich rund 800.000 Euro fehlen, auch wenn die Stadt Dresden die angekündigte Kürzungssumme etwas verringert hat. Denn wenn die Stadt unser Budget um mehr als 500.000 Euro kürzt, wie ursprünglich angekündigt, kürzt der Freistaat Sachsen seinen Zuschuss in gleicher Höhe. Das erklärt sich aus der paritätischen Besetzung des Stiftungsrates. Diese Lücke in einem Gesamthaushalt von etwa zehn Millionen Euro bringt das Museum in eine bedrohliche Schieflage. Zumal wir seit 2021 mit den gleichen Mitteln auskommen müssen, trotz Inflation, steigender Energiepreise und Sachkosten. Um das zu kompensieren, haben wir schon viele Sparmaßnahmen umgesetzt, haben am Programm gekürzt, neue Arbeitsweisen erprobt. Aber irgendwann ist Schluss.

»Wenn das Programm unattraktiver wird, kommen weniger Gäste, und dann sinken die Einnahmen – da beißt sich die Katze in den Schwanz«

Das Stiftungsvermögen darf nicht angegriffen werden?

Nein, doch die Stiftung legt seit Jahrzehnten kleinere Beträge zurück. Diese Rücklage ist eigentlich für den Erhalt der denkmalgeschützten Anlage gedacht. Sie gehört uns. Während sich andere Kulturinstitute nicht um ihre Immobilie kümmern müssen, tragen wir Verantwortung. Man merkt es der Anlage an, dass die letzte Sanierung mehr als zehn Jahre zurückliegt. An einigen Stellen regnet es rein. Doch die Rücklage brauchen wir nun, um den Betrieb am Laufen zu halten.

Welche Möglichkeit sehen Sie, um die Kürzungen aufzufangen?

Wir denken wie andere Museen über verkürzte Öffnungszeiten nach. Vielleicht schließen wir künftig schon 17 Uhr. Ein weiterer Schließtag wäre noch schmerzhafter. Vor allem wird es Abstriche am Programm geben. Wir eröffnen in diesem Jahr nur eine Sonderausstellung, und das wird wohl die Regel werden. Doch wenn das →



→ Programm unattraktiver wird, dann kommen weniger Gäste, und dann sinken die Einnahmen – da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Denken Sie daran, die Einnahmen durch höhere Eintrittspreise zu steigern?

Es ist schwer zu vermitteln, dass das Publikum mehr Geld für weniger Programm zahlen soll. Außerdem haben wir die Preise schon letztes Jahr erhöht. Da sind wir am Limit. Man könnte darüber nachdenken, Kinder und Jugendliche zur Kasse zu bitten, die bei uns bis zum 16. Lebensjahr freien Eintritt haben. Aber das ist politisch umstritten. Auch das Eintrittsgeld für Veranstaltungen lässt sich nicht endlos erhöhen. Vielleicht können wir bei der Vermietung etwas nachschrauben. Wir haben ein sehr gut gebuchtes Tagungszentrum, das im Vorjahr 400.000 Euro einspielte. Aber insgesamt ist wenig Luft nach oben.

Ist die Entlassung von Mitarbeitenden eine Option für Sie?

»Das Haus ist einfach zu fantastisch, als dass wir den Kopf in den Sand stecken könnten«

Dr. Iris Edenheiser

Nein, solange das Museum existiert, werden hoch motivierte Leute gebraucht. Sie arbeiten unter Tarif, weil die Stiftung nicht zum öffentlichen Dienst gehört. Die Lücke werden wir so bald nicht schließen.

Politiker raten in solcher Lage, mehr Drittmittel einzuwerben.

Es ist ein Irrtum zu glauben, Drittmittel ließen sich beliebig steigern. Das haben wir längst ausgereizt. Für unsere neue Sonderausstellung »Freiheit. Eine unvollendete Geschichte« kooperieren wir mit internationalen Partnern, mit Polen und Tschechien. Doch wenn der Bund weniger Geld für Kultur ausgibt, hat das Folgen für die gesamte Förderlandschaft. Dann kann etwa die Kulturstiftung des Bundes, einer unserer großen Unterstützer, weniger verteilen. Zugleich wächst die Zahl jener, die wie wir dastehen und Anträge stellen. Es gibt weniger Geld – und mehr, die es brauchen.

Unterscheiden sich darin Ost und West?

Die ostdeutsche Förderlandschaft ist viel dünner mit Sponsoren besetzt als die westdeutsche. Deshalb sind wir dankbar, dass die Wüstenrot-Stiftung die Freilegung der Fresken von Gerhard Richter finanzierte. Sein Wandbild von 1956 im Treppenhausfoyer war 1979 übermalt worden und ist nun teilweise wieder zu sehen. Wir haben ein großes Forschungsprojekt zu den Gläsernen Figuren abgeschlossen, gestalten den letzten Raum der Dauerausstellung neu, haben im Innenhof einen Garten geschaffen, probieren gerade einen Community-Raum aus – es tut sich ja trotz allem viel.

Spüren Sie Ohnmacht oder Zorn, wenn Sie durch Sparpläne ausgebremst werden?

Dafür sind wir viel zu Grundoptimistisch im ganzen Team. Das Haus ist einfach zu fantastisch, als dass wir den Kopf in den Sand stecken könnten.

Das Hygiene-Museum steht für Offenheit, Diversität, Pluralität – Werte, die in den USA gerade über Bord gehen. Könnte das Schule machen in Deutschland, sehen Sie eine Gefahr für Ihr Haus?

Diese Werte sind für uns nicht verhandelbar. Unsere Perspektive wird immer eine pluralistische, inklusive sein. Wir wollen ein breites Publikum ansprechen, Debatten anstoßen und offen sein für alle. Es gibt nicht viele Orte, wo so viele verschiedene Menschen zusammenkommen wie hier. Das ist eine große Kraft, und die wollen wir erhalten. Politische Einflussnahme wäre bei einer Stiftung bürgerlichen Rechts auch nur begrenzt möglich. Da sind wir geschützt. KGR

Aus den Kommunen

Vom Mangel zur Möglichkeit

Wenn der eigene Haushalt klamm ist, bietet das sächsische Kommunalrecht einige Ansatzpunkte, um als Kommune aktiv werden zu können – von Crowdfunding bis zur Genossenschaft

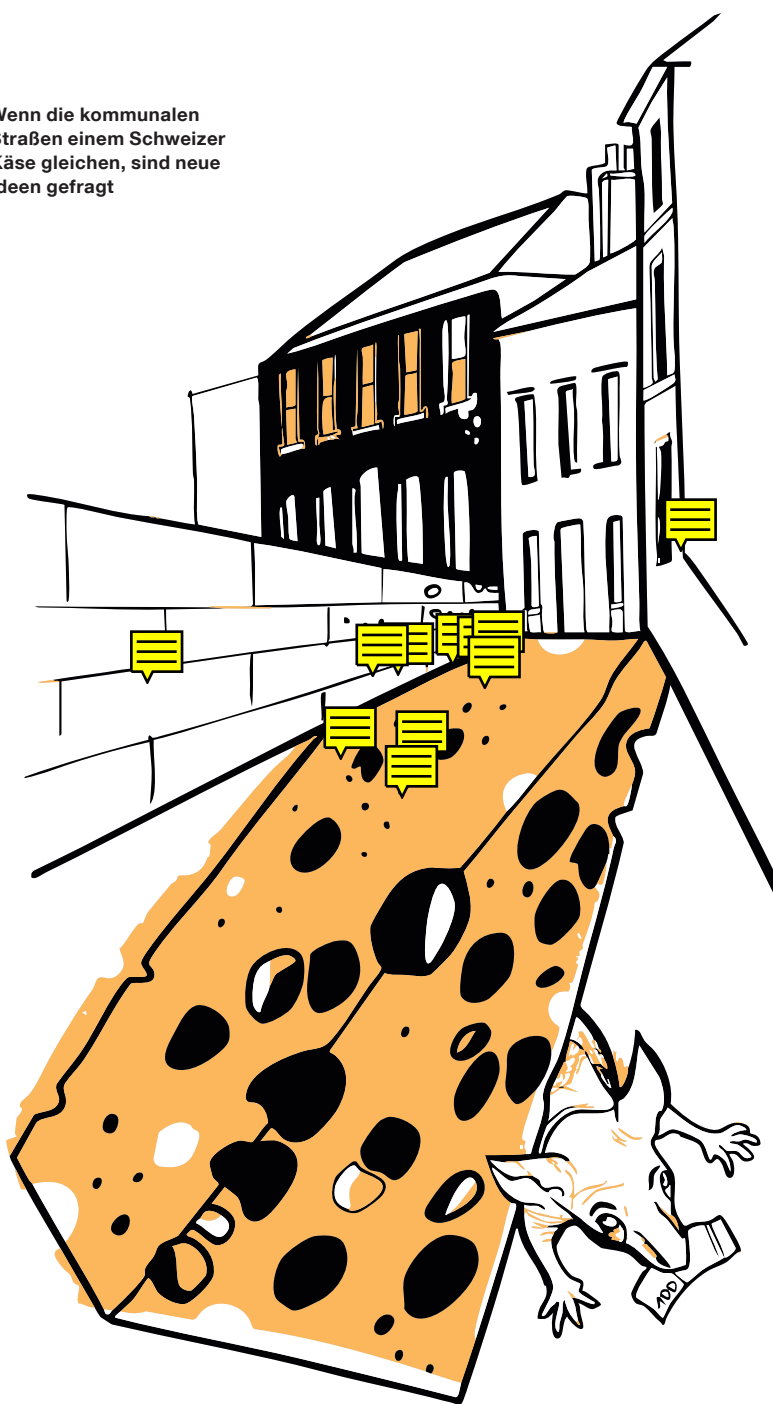
Text: Max Gorskih

In den Kommunen können die Bürger:innen die Politik vor Ort hautnah erfahren – theoretisch. Das finanzielle Bild der Kommunen ist jedoch nicht nur in Sachsen, sondern – abgesehen von wenigen Ausnahmen – bundesweit ähnlich: Die Kassen sind klamm, die pflichtigen Ausgaben werden von Bund und Land nicht auskömmlich durchfinanziert. Darunter leiden insbesondere die freiwilligen Aufgaben der Kommunen, wo sie überhaupt noch wahrgenommen werden (können), sowie bereits die Qualität der Erfüllung der Pflichtaufgaben. Dabei spielt gerade der freiwillige Teil eine herausragende Rolle für die Einwohner:innen. Es fällt zwar auf, wenn die kommunalen Straßen das Bild eines Schweizer Käses abgeben, aber der fehlende Spielplatz oder geschlossene und verfallende Freizeitmöglichkeiten sind für jüngere Menschen oftmals eher ein Grund, wegzuziehen oder eine Neuansiedlung vor Ort gänzlich auszuschließen.

Gelegentlich kann es zwar mal zu einer Erbschaft oder Schenkung durch Einwohner:innen der Gemeinde kommen, die sich positiv auf die kommunalen Finanzen auswirkt, doch passiert so was eher zufällig, es lässt sich damit natürlich kein genehmigungsfähiger Haushalt aufstellen oder langfristig planen. Solche Überraschungsgeldspritzen wirken, wenn sie überhaupt vorkommen, nur punktuell und nicht strukturell. Bei Erbschaften besteht zudem das Problem, dass diese erst geprüft werden müssen, ob mit einer Annahme nicht noch eine zusätzliche Schuldenlast auf die Kommune übergeht. Zudem würde der Landkreis schlicht jeden Haushalt zurückweisen, der dauerhaft nur mit einem solchen Titel ausgeglichen wäre.

Doch es gibt weitere und mitunter bereits recht erfolgreiche Möglichkeiten, um die kommunalen Finanzen aufzubessern oder konkrete Vorhaben zu finanzieren, abseits von der rechtlich nur in engen Grenzen möglichen Erhöhung der Liquidität

Wenn die kommunalen Straßen einem Schweizer Käse gleichen, sind neue Ideen gefragt



am Kreditmarkt. Für diese Möglichkeiten muss man auch nicht weit vor die Tür gehen, denn das sächsische Kommunalrecht bietet bereits einige Ansatzpunkte, um als Kommune trotz allem kreativ werden zu können und so vielleicht doch noch einen neuen Spielplatz oder das Feuerwehrfest zu finanzieren oder sogar das Freibad zu erhalten. Im Folgenden stellen wir ein paar bereits erfolgreich erprobte Instrumente vor.

1. Beteiligung an Genossenschaften

Eingetragene Genossenschaften sind als Rechtsform alles andere als neu, allerdings werden ihre Anwendungsfälle zunehmend erweitert. Sie sind eine privatrechtliche Einrichtung und können daher außerhalb des Kernhaushaltes agieren.

Dennoch gibt es einiges zu beachten, wenn eine Kommune beispielsweise freiwillige Aufgaben im Rahmen einer Genossenschaft wahrnehmen möchte. Zum einen muss nach § 94a der Sächsischen Gemeindeordnung der öffentliche Zweck eine solche Einrichtung rechtfertigen, ein angemessener Bedarf bestehen, und der Zweck darf nicht besser oder wirtschaftlicher durch einen privaten Dritten erfüllt werden können.

Für die Gemeinde sind die Bedingungen in § 96 SächsGemO festgeschrieben und umfassen die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung im Rahmen der Ausgestaltung der Genossenschaftssatzung, die Sicherstellung eines angemessenen Einflusses der Gemeinde innerhalb der Genossenschaft sowie die Haftungsbeschränkung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Betrag. Da in einer Genossenschaft jedes Mitglied unabhängig der gehaltenen Anteile nur eine Stimme hat, ist der Einfluss der Gemeinde ein wesentlicher Knackpunkt. Hier kann ein Aufsichtsgremium mit Vetorecht Abhilfe schaffen.

Vorteile

Genossenschaften dürfen Gewinne erwirtschaften. Somit lassen sich Aufgaben dauerhaft so gestalten, dass sie sich tendenziell selbst tragen und Investitionen in den Bestand außerhalb des Gemeindehaushaltes vorgenommen werden. Außerdem ist nach § 97 SächsGemO insbesondere im Bereich Strom, Gas, Wärme- und Wasserversorgung sowie Telekommunikation der öffentliche Zweck immer gegeben, auch außerhalb des Gemeindegebietes.

So kann die Gemeinde beispielsweise im Rahmen der Energie- und Wärmewende nachhaltige Strukturen bauen, auch ohne die goldenen Zügel der Förderprogramme von Landkreis oder Freistaat und ohne zwingenden Rückgriff auf den Kernhaushalt.

Nachteile

Die reine Gründung einer Genossenschaft genügt leider nicht, es braucht weitere Genossenschaftsmitglieder, die mit dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen Kapital in die Genossenschaft geben. Wenn die Gemeinde sich an einer bestehenden Genossenschaft beteiligen möchte, so ist die Satzung an die Bedürfnisse der Gemeinde anzupassen. Durch die Gewinnung weiterer Genossenschaftsmitglieder lassen sich Vorhaben zwischen öffentlicher Hand, Privatwirtschaft und weiteren privaten Akteuren umsetzen. Gelingt dies, so ist die Akzeptanz des Vorhabens deutlich sicherer.

Achtung

Die privatrechtliche Betätigung unterliegt einer Anzeige- sowie Genehmigungspflicht bei der Rechtsaufsichtsbehörde, hier ist § 102 SächsGemO zu berücksichtigen. Eine Beteiligung erfordert zudem immer Berichtspflichten nach § 99 SächsGemO.

Eignung

Abhängig vom Anwendungsfall. Durch die Regelungen zu Energie- und Telekommunikation profitieren vor allem kleinere Gemeinden ohne eigene Stadtwerke. So finden sich zahlreiche Energiegenossenschaften, wie beispielsweise die Bürger Energie Drebach e.G. im Erzgebirge. Große Gemeinden würden aufgrund der starken Mitbestimmungsstrukturen Dritter eher andere Rechtsformen wählen.

2. Einführung zusätzlicher Abgaben

Tübingen hat es vorgemacht mit der Einführung einer Verpackungssteuer. Diese hat zuletzt das Bundesverwaltungsgericht als im Wesentlichen rechtmäßig befunden. Zusätzliche Abgaben sind jedoch generell ein heißes Eisen für die Kommune. Entweder belasten sie mit einer zusätzlichen lokalen Steuer die Menschen, die in ihr leben, oder jene, die von außerhalb kommen, beispielsweise mit einer Kurtaxe. Zudem kann der Zweck der Abgabe umstritten sein. Klar ist jedoch, dass damit zunächst mehr Geld zur Verfügung steht. Allerdings müssen auch Kosten für Rechtsstreitigkeiten eingeplant werden, wenn diese Mittel besonders kreativ genutzt werden.

Vorteile

Kommunen haben durchaus das Recht, ihre Leistungen auch aus eigenen Abgaben und Steuern zu finanzieren, sofern sie sich damit im gesetzlichen Rahmen bewegen. Das Sächsische Kommunalabgabengesetz regelt in § 7, dass Gemeinden lokale Verbrauch- und Aufwand- →

→ steuern erheben dürfen. Die Schwierigkeit besteht eher darin, angesichts der zahlreichen Steuerarten der staatlichen Ebenen eine für die Gemeinde passende Lücke zu finden, in die sich eine geeignete zusätzliche Abgabe einfügt. Sie sollte den Verwaltungsaufwand im Vollzug nicht wesentlich erhöhen, sondern Einnahmen generieren und gleichzeitig eine hohe Akzeptanz aufweisen, um Klagen zu umgehen.

Nachteile

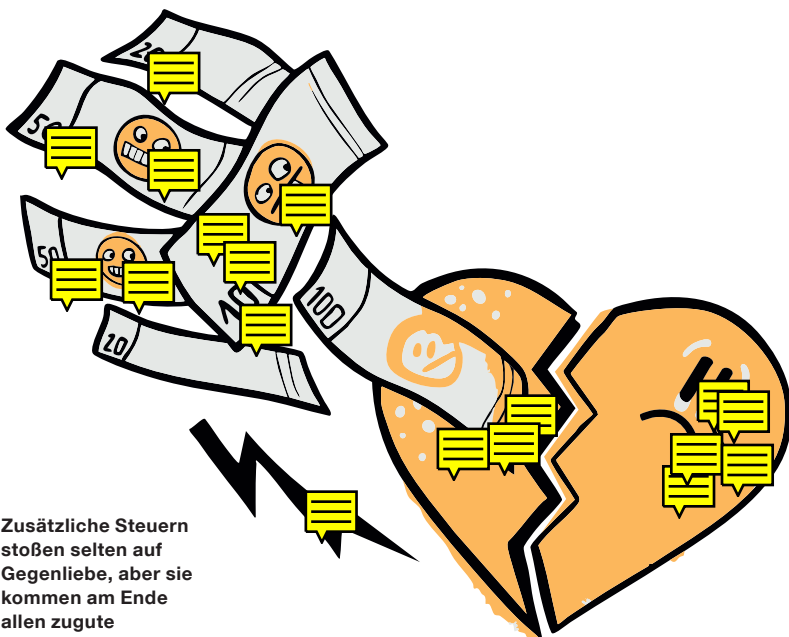
Steuern und Abgaben haben bereits einen schlechten Ruf. Diese per Beschluss im Gemeinderat auszuweiten, dürfte nicht auf allzu viel Gegenliebe stoßen. Zudem ist der Aufwand zur rechtssicheren Einführung erheblich, und der zu erwartende Widerstand macht eine Vorbereitung auf Klagen unumgänglich. So ist immer abzuwägen, ob der erwartete Nutzen den Aufwand übersteigt, der mit einer Einführung verbunden ist.

Achtung

Hier ist § 2 SächsKAG zu beachten. Darin steht, dass Kommunalabgaben aufgrund einer Satzung erhoben werden, die die Abgabenschuldner, den die Abgabe begründenden Tatbestand, den Maßstab und den Satz der Abgabe sowie die Entstehung und die Fälligkeit der Abgabenschuld bestimmen muss.

Eignung

Sofern ein geeigneter Tatbestand für die Begründung vorliegt, können Gemeinden aller Größen eine zusätzliche Abgabe einführen. Der Nutzen dürfte jedoch insbesondere steigen, je größer die Gemeinde wird, da somit auch der Aufwand und die Einnahmen besser skaliert werden können.



Zusätzliche Steuern stoßen selten auf Gegenliebe, aber sie kommen am Ende allen zugute

3. Gründung einer Stiftung

Eine örtliche Stiftung ist kein unmittelbares Instrument, um kommunale Aufgaben zu refinanzieren, kann aber mittelbar zu einer dauerhaften Absicherung von Aufgaben beitragen. Stiftungen können dabei sehr unterschiedlich wirken, je nachdem ob sie als Bürgerstiftung oder als kommunale Stiftung des öffentlichen oder bürgerlichen Rechts gegründet werden. Dabei sind die kommunalen Zugriffsrechte teils sehr unterschiedlich. Beispielsweise haben die Kommunalen Wasserwerke der Stadt Leipzig für ihr altes Stadtbad, dessen Erhalt kostspielig ist, eine rechtlich selbstständige Förderstiftung gegründet, die sich nun um dessen Erhalt kümmert.

Vorteile

Bürgerstiftungen bauen kontinuierlich Kapital auf, nehmen Spenden ein und können Unterstiftungen und Fonds einrichten, die einzelne Satzungszwecke verfolgen oder regionale Teilgebiete fördern. Gerade in Regionen mit starker innerer Identifikation kann so auch im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit ein Stiftungskonstrukt geschaffen werden, das dauerhaft in der Region wirkt und das Gemeinwesen stärkt. Die in eine kommunale Stiftung ausgelagerten öffentlichen Aufgaben können dem Haushalt entzogen werden und zudem steuerbegünstigt sein, wenn die Voraussetzungen aus § 52 der Bundesabgabenordnung eingehalten werden.

Nachteile

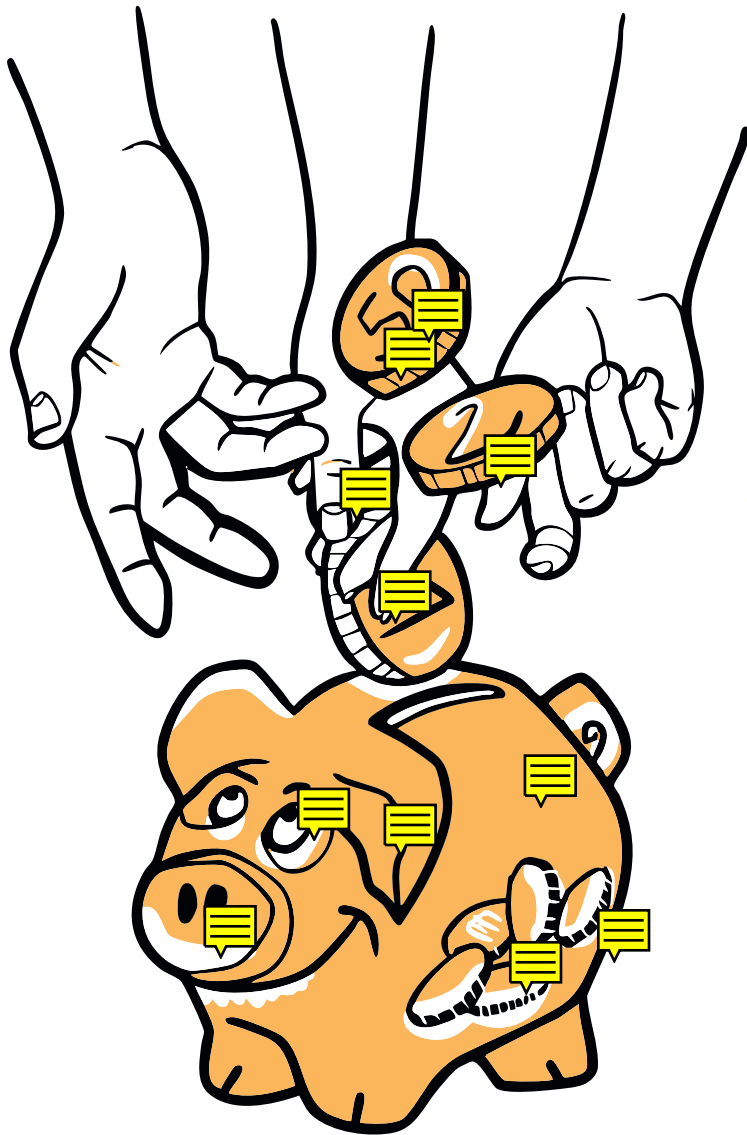
Bürgerstiftungen sind rechtlich, wirtschaftlich und politisch unabhängig. Politische Gremien und Verwaltungsspitzen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf Entscheidungen nehmen, womit die Kontrolle durch die Gemeinde stark eingeschränkt ist. Kommunale Stiftungen werden zwar durch den Gemeinderat kontrolliert, müssen aber gemäß § 3 Sächsisches Stiftungsge-
setz zunächst ein Stiftungsvermögen einbringen, durch dessen Erträge sie die satzungsmäßigen Aufgaben dauerhaft übernehmen können. Diese dürfen außerdem nicht wesentlich über den räumlichen Bereich der Kommune hinauswirken.

Achtung

Das Grundstockvermögen der Stiftung ist nach § 7 SächsStiftG ungeschmälert zu erhalten. Somit können nur dessen Erträge für die Finanzierung von Aufgaben herangezogen werden. Zudem ist die Landesdirektion Sachsen als Stiftungsbehörde zuständig und nicht der Landkreis.

Eignung

Für jede Gemeindegröße geeignet, allerdings nicht für jede Aufgabe.



Beim Sammeln von Spenden sind kreativen Kommunen nur wenige Grenzen gesetzt

4. Spendenbasiertes Crowdfunding

Diese Optionen bietet sich vor allem für konkrete Projekte an, denn hier steht nicht nur der Finanzfluss für die Kommune im Vordergrund, sondern auch die Beteiligung der Einwohner:innen. Die Unterscheidung der Fälle ist insofern wichtig, als dass entweder Spenden ohne unmittelbare Gegenleistung eingeworben werden oder eine Gegenleistung erbracht wird, beispielsweise eine Plakette an dem neugebauten Spielplatz oder sanierten Vereinsheim oder eine Urkunde zur Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements. Insbesondere die Greifbarkeit der umgesetzten Maßnahme erhöht die Spendenbereitschaft, schließlich wissen die Spender:innen so, wofür ihr Geld eingesetzt wird.

Dabei sind der Kreativität im Kern keine Grenzen gesetzt: Geld für die moderne Ausrüstung der Feuerwehr kann genauso gesammelt werden wie Zeit und Arbeitskraft für die Herrichtung von Plätzen oder Sanierungs- wie

Investitionsleistungen für die kommunale Infrastruktur. Die Grenze liegt eher bei der Unterstützungsbereitschaft der Menschen vor Ort oder der Nutznießer dieser Projekte. Der Verband Kommunaler Unternehmen stellt hierfür eine Förderplattform bereit, über die beispielsweise schon die Wasserballer vom Schwimmverein Vogtland Plauen e. V. neue Fitnessgeräte für das Stadtbad ermöglicht haben.

Vorteile

Neben der Einwerbung von zusätzlichem Kapital kann ein Crowdfunding auch das bürgerschaftliche Engagement der Menschen in der Gemeinde stärken. Durch die Beteiligung kann die Gemeinde für mehr Transparenz sorgen bezüglich der Kostenstrukturen kommunaler Projekte und damit auch das Kostenbewusstsein der Bürger:innen vor Ort stärken. Diese wiederum können ihre Kommune aktiv mitgestalten.

Nachteile

Der Aufwand für ein erfolgreiches Crowdfunding sollte nicht unterschätzt werden. Der Beschluss im Gemeinderat reicht dafür in der Regel nicht aus. Die Menschen müssen davon erfahren, regelmäßig über den Sachstand informiert und motiviert werden, sich gegebenenfalls auch mittel- bis längerfristig daran zu beteiligen. Pflichtaufgaben können mit diesem Instrument eher nicht finanziert werden, da sie ohnehin erbracht werden müssen und die Kommune dafür Mittel erhält, was die Spendenbereitschaft mindert.

Achtung

§73 (5) SächsGemO ermöglicht sehr viel, dennoch sind bestimmte Grenzen zu wahren sowie Zuständigkeiten einzuhalten. Somit kann sogar auf einen Förderverein oder Ähnliches verzichtet werden.

Eignung

Insbesondere in kleineren Gemeinden geeignet, aber auch für größere Kommunen nicht uninteressant. In Mittelzentren oder Großstädten könnten solche Instrumente vor allem auf Orts- oder Stadtteilebene eingesetzt werden.

Die Nutzung von alternativen Finanzierungsformen ist natürlich immer vom Kontext abhängig. Es ist daher nicht möglich, das eine – für alle Gemeinden passende – Instrument zu präsentieren. Es gibt sie aber, die zusätzlichen Finanzspritzen, die insbesondere dann möglich sind, wenn konkrete Vorhaben umgesetzt werden, die vor allem den Einwohner:innen der Gemeinde zugutekommen und die davon einen echten Mehrwert haben. ■

Solo im Rat

Ein ehrenamtliches Mandat bedeutet viel Verantwortung und Arbeit – gerade dann, wenn man eine Partei allein im Rat vertritt. Wie es Solo-Kommunalpolitiker:innen in Sachsen gelingt, Unterstützung und Beistand zu finden

Text: Pia Siemer



»Wenn man sich durch den 700-seitigen Antrag zum Doppelhaushalt durchgearbeitet hat, bringt das Pluspunkte bei der Verwaltung«

Simon Zwintzsch, Stadtrat in Netzschkau

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2024 haben dazu geführt, dass von bisher mehrköpfigen Fraktionen teilweise nur noch eine einzige Person in den Stadt- oder Gemeinderat einziehen kann. Das stellt die Einzelkämpfer:innen vor Herausforderungen. Das ständige Gefühl, gegen die sprichwörtlichen Windmühlen zu kämpfen und mit den eigenen Vorstellungen von Politik in der Minderheit zu sein, ist anstrengend und demotivierend. Wir haben mit vier Politiker:innen darüber gesprochen, wie sie mit der Situation umgehen und wo sie Verbündete gefunden haben, um nicht den Kopf in den Sand zu stecken.

Der erste Besuch führt zu Nora Mittelstädt nach Pödelwitz im Leipziger Süden. Sie ist Gemeinderätin in Groitzsch. Schon einen Termin mit ihr zu finden, ist nicht einfach, denn wer mehr über ihre Ratsmitgliedschaft erfahren möchte, muss nicht nur mit der 34-Jährigen, sondern auch mit ihrem Team aus Unterstützer:innen sprechen. »Ich konnte mir eine Kandidatur für den Stadtrat vorstellen, aber nicht alleine«, erzählt sie an einem sonnigen Aprilmittag auf einer Bank vor dem Dorfgemeinschaftshaus von Pödelwitz. »Wir haben eine Art Tandem-Modell entwickelt. Ich sitze zwar im Rat, aber eine Gruppe aus Menschen unterstützt mich bei meiner Arbeit.« Mittelstädt ist erst vor Kurzem in das Dorf im Süden von Leipzig gezogen. Per Zoom zugeschaltet ist Jonny Grünsch, eine der Personen aus der Gruppe von Unterstützer:innen. »Wir verstehen Nora als eine Delegierte, die immer wieder Rücksprache mit den Personen hält, die sie vertritt«, erklärt er.

Pödelwitz ist eng mit der Kandidatur Mittelstädt und der Entwicklung des Tandem-Modells verbunden. Das bedarf einer kurzen Erklärung: Pödelwitz, eines der 29 Dörfer der Gemeinde Groitzsch, liegt im noch aktiven Braunkohle-abbaugebiet »Vereinigtes Schleenhain« und war von der Abaggerung bedroht. Viele Menschen, Nichtregierungsorganisationen und Aktivist:innen der deutschen Klimabewegung setzten sich gemeinsam mit den Einwohner:innen für den Erhalt ein, dazu zählte auch Umweltforscherin Nora Mittelstädt. Das führte schlussendlich zum Erfolg. Die sächsische Landesregierung entschied 2021, dass Pödelwitz bleiben darf, und die Engagierten gründeten den Verein »Pödelwitz hat Zukunft«. Damit war die Ortschaft aber noch nicht gerettet, denn die meisten Gebäude im größtenteils leerstehenden Dorf gehören dem Bergbauunternehmen Mibrag. Ein Ziel des Vereins ist daher der Rückerwerb der Immobilien. »Auch deswegen haben wir uns eine stärkere Beteiligung in der Zusammenarbeit mit der Stadt Groitzsch gewünscht«, erzählt Mittelstädt. Sie ließ sich als parteilose Kandidatin auf der

Liste der Linken aufstellen, es war aber bereits abzusehen, dass keine weiteren Linken-Stadträt:innen in den Stadtrat einziehen würden. Jens Hausner, Landwirt aus Pödelwitz und bereits Stadtratsmitglied für Bündnis90/Die Grünen, bot sich für eine Fraktion an. Außerdem bildete sich aus Mitstreiter:innen aus der Bewegung die Unterstützer:innengruppe: Eine Gruppe von etwa sechs Personen hilft Mittelstädt bei der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung, begleitet sie zum öffentlichen Teil der Stadtratssitzungen und hilft ihr, das Erlebte zu verarbeiten. Ganz



»Ich sitze zwar im Rat, aber eine Gruppe von Menschen unterstützt mich bei meiner Arbeit«

Nora Mittelstädt,
Gemeinderätin
in Groitzsch

konkret kann das zum Beispiel bedeuten, dass eine Person aus der Gruppe die Tagesordnung für den öffentlichen Teil einer Stadtratssitzung durchgeht und Empfehlungen für Mittelstädt erarbeitet oder zu einem bestimmten Thema für sie recherchiert. Alle sechs Monate soll zudem ein Strategietreffen stattfinden. »Das ist auch ein Experiment für mehr Beteiligung. Vorbilder dafür haben wir zum Beispiel im Kommunalismus im kurdischen Rojava gefunden«, sagt Unterstützer Jonny Grünsch. Im Kommunalwahlkampf machte die Gruppe Mitbestimmung und Teilhabe zu einem zentralen Motiv und thematisierte das Begleiteteam auch offen im Wahlkampfflyer. Die Wähler:innen zeigten sich offen dafür und bescherten Mittelstädt ein solides Ergebnis.

19 Jahre, Student, Stadtrat

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte Simon Zwintzsch im vogtländischen Netzschkau. Auch er machte Teilhabe und Mitbestimmung zu einem zentralen Thema seiner Kandidatur für den Stadtrat. Dem 19-Jährigen ist es vor allem ein Anliegen, dass junge Menschen in der Politik Gehör finden. Kaum hatte es ihn zum Studium der Politik- und Sozialwissenschaft nach Dresden verschlagen, dachte er über eine Kandidatur bei den anstehenden Kommunalwahlen nach. Also rief er beim Kreisverband der Partei Die Linke an, und dieser stellte ihn, ohne zu zögern, auf, obwohl er noch nicht mal in die Partei ein- →

→ getreten war. Denn zu diesem Zeitpunkt hatte schon seit zwei Legislaturperioden kein:e Vertreter:in der Linkspartei mehr im Netzschkauer Stadtrat gesessen. »Und eine linke Stimme schadet nicht«, fand Zwintzsch. Er konzentrierte sich neben dem Kommunalwahlkampf vor allem darauf, die Basisgruppe der Linksjugend in der Region wieder aufzubauen. »Es gibt keine Strukturen, keine Räume, kein Geld. Und die Genoss:innen aus den Dörfern können nicht immer zum Plenum anreisen, weil kein Bus fährt«, erklärt der 19-Jährige.

Also sprach Zwintzsch im Kommunalwahlkampf junge Wähler:innen an. Er verteilte stundenlang Flyer in Netzschkau, besuchte die Paraden am Christopher Street Day und Aktionstage. Die Basisgruppe wuchs innerhalb von kürzester Zeit von vier auf 50 junge Personen an. Sein Ansatz ging auf. Am 9. Juni 2024 zog Simon Zwintzsch mit 6,9 Prozent der Stimmen als einziger Abgeordneter der Linken in den Netzschkauer Stadtrat ein. Er gehört zu den jüngsten Mitgliedern. Schnell merkte der Ratsneuling, dass die Arbeit nicht niedrigschwellig ist: »Oft fehlt mir das Vorwissen zu irgendeinem Gutachten, das vor drei Jahren erstellt wurde.« Daher ist es sehr passend, dass ein Fraktionskollege von der SPD das dienstälteste Mitglied im Rat ist. Außerdem ist es ihm ein Anliegen, immer gut vorbereitet zu den Sitzungen zu erscheinen. »Wenn man sich durch den 700-seitigen Antrag zum Doppelhaushalt durchgearbeitet hat, bringt das Pluspunkte bei der Verwaltung«, erzählt er. Um seinem Anliegen, junge Menschen stärker in die Politik einzubeziehen, mehr Gewicht zu verleihen, möchte der 19-Jährige ein Kinder- und Jugendparlament in Netzschkau etablieren. Deswegen hat er sich mit einem 16-Jährigen aus der Region zusammengetan und bei der Verwaltung für sein Vorhaben geworben.

Der Student schätzt, dass er seine Zeit zwischen Dresden und Netzschkau etwa hälftig aufteilt. »Der Stadtrat tagt zwar nur einmal im Monat, aber ich investiere auch viel Zeit in meine aktivistische Arbeit im Vogtland, zum Beispiel in die Linksjugend«, sagt er. Er geht daher davon aus, dass er etwas mehr Zeit für das Studium benötigen wird als andere Studierende. Für einen Nebenjob bleibt dabei keine Zeit. »Glücklicherweise habe ich ein Stipendium vom Evangelischen Studienwerk Villigst bekommen. Darüber beziehe ich 300 Euro Büchergeld und einen Betrag, der dem Bafög entspricht, der aber nicht zurückgezahlt werden muss«, erklärt er. Lange habe er nicht gewusst, dass er sich auf Stipendien bewerben könne. »Stipendien sind eine Chance, von der mehr junge Menschen, gerade auch ostdeutsche Arbeiterkinder, wissen sollten«, findet er.

»Als Rentnerin habe ich ein neues Betätigungsfeld gesucht – und bin auf Anhieb gewählt worden«

Renate Braun,
Stadträtin in
Brand-Erbisdorf

Ausgleich findet das Ratsmitglied im Austausch mit Gleichgesinnten, zum Beispiel bei Treffen der Linksjugend. »Das ist ein safe space, in dem ich mich entspannen kann«, so Zwintzsch.

Renate Braun aus dem mittelsächsischen Brand-Erbisdorf war hingegen nicht immer die einzige linke Stadträtin im Ort. Die heute 72-Jährige trat vor drei Wahlperioden ihr Amt an, damals noch als Teil einer fünfköpfigen Fraktion. Braun war schon zu DDR-Zeiten engagiert, nach der Wende machte sie sich selbstständig mit einem Reisebüro. »Als Rentnerin habe ich dann ein neues Betätigungsfeld gesucht«, erzählt sie. »Ich bin sehr bekannt in unserem Ort und bin auf Anhieb gewählt worden.« Die Arbeit im Stadtrat erlebte sie als produktiv, Braun machte sich zusammen mit ihrer Fraktion für soziale Themen stark. In der darauffolgenden Wahlperiode schrumpfte die Fraktion durch den plötzlichen Tod eines Fraktionsmitgliedes, aber mit viel Einsatzbereitschaft wurden die Aufgaben neu verteilt. Bei den Kommunalwahlen 2024 konnte nur noch sie ein Mandat erringen. »Da war ich plötzlich Einzelkämpferin.« Glücklicherweise spielte ihr das in den Jahren zuvor aufgebaute Vertrauen in die Hände. »Die Fraktion ›Bürgerinnen für Brand-Erbisdorf‹ kam auf mich zu und fragte, ob ich nicht bei ihnen mitmachen wolle.« Zusammen mit einem Stadt-





rat der SPD, der das einzige männliche Mitglied ist, bilden sie nun eine eigene Fraktion. Zuletzt haben sie sich für Investitionen in Schulen, die Ansiedlung von Gewerbe und die Erschließung neuer Bauflächen für Eigenheime starkgemacht. Themen, die alle Bürger:innen betreffen und die bei allen Fraktionen anschlussfähig sind. Wenn die Rentnerin bei den nächsten Wahlen 77 Jahre alt sei, wolle sie nicht noch mal antreten. Daher möchte sie den Nachwuchs jetzt schon mitaufbauen. »Junge Leute sprechen eher junge Leute an, das muss auch so sein«, sagt Braun. Einen Tipp für den politischen Nachwuchs hat die Stadträtin auch: »Habt keine Hemmungen, euch im Rat zu äußern. Man kann sich einen kleinen Notizzettel machen und erst mal zu niedrigschwelligen Themen sprechen. Aber man muss über seinen Schatten springen und sich äußern, gerade wenn es Differenzen gibt. Und dabei immer schön diplomatisch bleiben.«

»Anecken liegt mir«

Für Jörg Mumme hingegen gehören Reibereien zu seinem Mandat hinzu. Er vereint als einziger linker Stadtrat von Freital gleich zwei Eigenschaften miteinander, die gelegentlich Gegen-

druck erzeugen: Er ist nicht nur Kommunalpolitiker für Die Linke, sondern auch Polizist. »Mit dieser Kombination macht man sich nicht unbedingt Freunde, weder bei den Linken noch bei der Polizei«, erzählt er mit einem Schmunzeln. Aber auch mal anzuecken, liegt dem 61-Jährigen, der sich selbst als »eigensinnigen Gerechtigkeitsfanatiker« beschreibt. Geprägt von einem linken und humanistischen Elternhaus, hat Mummess klare Haltung ihn in die Kommunalpolitik geführt. »Zur Zeit der sogenannten Flüchtlingswelle habe ich die Krawalle gegen Geflüchtetenunterkünfte erlebt«, erzählt er. »Ich habe gedacht, das kann ja wohl nicht sein!« Daher zögerte er nicht, als er gefragt wurde, ob er sich eine Kandidatur für den Stadtrat vorstellen könne. 2017 startete er seine erste Legislaturperiode als Teil einer dreiköpfigen Linksfraktion. Im Laufe der Zeit mussten zwei seiner Mitstreiter jedoch ausscheiden, Nachrücker:innen gab es nicht. »Daher vertrete ich seit 2022 die Linke alleine im Rat«, erzählt Mumme. Er konnte sich aber einer vierköpfigen Mitte-Links-Fraktion, bestehend aus Mitgliedern von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, anschließen. Ihnen gegenüber stehen allerdings teilweise mehr als doppelt so große Fraktionen der AfD, der →

»Ich weiß, dass ich oft mit Anträgen scheitern werde, aber ich bringe sie dennoch ein«

Jörg Mumme,
Stadtrat in Freital



Die Fraktionsmitglieder Nora Mittelstädt (Mitte rechts) und Jens Hausner (Mitte links) mit »Mambo« (rechts außen) und Kea Weber (links außen) aus der Unterstützer:innen-Gruppe

→ Fraktion Freital's konservative Mitte und der CDU. »Da ist es schwierig, für linke Themen Mehrheiten zu organisieren«, gibt der Linken-Stadtrat zu. »Ich weiß, dass ich oft mit Anträgen scheitern werde, aber ich bringe sie dennoch ein.. So schlug er, als die Energiepreise stiegen, vor, dass die Freitaler Stadtwerke Schuldnern nicht den Strom abschalten sollten. Der Antrag wurde abgelehnt. »Man muss sich mit dem Gedanken abfinden, dass man als linker Stadtrat nicht die ganze Verwaltung umkrepeln kann«, meint Mumme. Impulse setzen wolle er dennoch. Derzeit setzt er sich für eine stärkere Jugendbeteiligung in der Stadt Freital ein. Neben seinem Vollzeitberuf muss er manchmal bis nachts »Akten fressen«, wie er sagt, um sich auf die Sitzungen vorzubereiten. Der Polizist schätzt, dass er zusätzlich zu den Sitzungen etwa drei Stunden die Woche für sein Ehrenamt aufbringt. Im Austausch mit Genoss:innen, beim Sport und im Rückhalt durch seine Familie findet er einen Ausgleich. Jörg Mumm's Mantra lautet: »Stabil bleiben, tapfer bleiben, nicht rotzig werden.«

Fachwissen im Team teilen

Zu Nora Mittelstädt und dem digital zugeschalteten Jonny Grünsch auf der Bank vor dem Dorfgemeinschaftshaus in Pödelwitz hat sich inzwischen Fraktionsmitglied Jens Hausner dazugesellt. Zusammen berichten sie davon, wie auch der Tatendrang ihrer Gruppe zu Beginn der Legislatur schnell einen Dämpfer erhielt. Sie merkten, dass sie mit ihrer akademischen, auf Recherche basierenden Arbeitsweise aneckten. Ein Anliegen der Stadträtin und ihrer Unterstützer:innen ist beispielsweise, dass

der Stadtrat die verschiedenen Fraktionen mit eigenen finanziellen Mitteln ausstattet. So sieht es die Sächsische Gemeindeordnung auch vor. »Als wir unsere Überlegungen vorstellten, hieß es aber: »Das haben wir noch nie so gemacht«, so Mittelstädt. Diese Gelder möchte die Gruppe nutzen, um öffentliche Fraktionssitzungen in verschiedenen Dörfern der verstreuten Gemeinde abhalten zu können. Denn ihnen ist es wichtig, nicht nur als Vertretung für Pödelwitz gesehen zu werden, sondern für alle Wähler:innen ansprechbar zu sein. Bisher haben sie die öffentlichen Fraktionssitzungen in Groitzsch abgehalten, da die Kleinstadt am besten für Interessierte erreichbar ist. »Neulich kamen zehn Personen, die lebhaft über einen von der Mibrag geplanten Solarpark diskutierten«, erzählt Mittelstädt. »Da haben wir gemerkt, dass es ein ganz starkes Bedürfnis nach Austausch gibt.« Die Fraktion und ihre Unterstützer:innen ermutigen Bürger:innen auch, ihre Anliegen im öffentlichen Teil der Stadtratssitzung vorzutragen. »Wir wollen damit auch der Politikverdrossenheit entgegenwirken«, drückt es Fraktionsmitglied Jens Hausner aus. Insgesamt sei es ein Vorteil, auf das Wissen der Gruppe zurückgreifen zu können, findet Jonny Grünsch. »Wir haben viel Fachwissen, manche kennen sich gut damit aus, wie man sich zivilgesellschaftlich organisiert, und Jens Hausner ist unser Experte für die Region.« Den Austausch zwischen verschiedenen Personen zu koordinieren, sei aber auch aufwendig. »Mir persönlich gibt es auch ganz viel, wenn ich nach der Sitzung mit jemandem über das Erlebte sprechen kann«, erzählt Mittelstädt. »Das ist für mich fast wie eine Art Seelsorge.« ■

Service

Reden wir über Geld

Bürgerhaushalte und Bürgerbudgets sind Formen der Beteiligung an der kommunalen Demokratie. Bei ihnen geht es darum, Bürger:innen über Teile der kommunalen Finanzen (mit-)entscheiden zu lassen

Text: Achim Grunke

Ein Bürgerhaushalt – auch partizipativer Haushalt oder Beteiligungshaushalt genannt – ist ein Verfahren zur Entwicklung eines kommunalen Haushaltes unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Es ermöglicht Bürger:innen, einen gewissen Teil des Haushalts mitzugestalten, wobei sich das hier im Allgemeinen nur auf Teile des Investitionshaushalts bezieht – also Dinge wie die Neugestaltung des Freigeländes in der Kindertagesstätte, den Ausbau eines Fahrradweges oder Ähnliches.

Beim Bürgerhaushalt geht es vor allem darum, die Bürger:innen aktiv an kommunalen Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Dadurch sollen haushaltspolitische Entscheidungen zu gewissen Teilen auf die Ebene derjenigen verlagert werden, die von den Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Ein weiteres Ziel ist es, den Haushalt der Kommune für die Bürger:innen transparenter zu machen.

Wenn von Bürgerhaushalt die Rede ist, bedeutet das aber nicht, dass etwa die Gemeindebürger:innen selbst über den gesamten Gemeindehaushalt entscheiden könnten. Das kommunale Haushaltsrecht in allen Bundesländern legt fest, dass das letzte Entscheidungsrecht über den gesamten Haushalt weiterhin in den Händen des Gemeinderats verbleibt.

Wer von einem kommunalen Haushalt betroffen ist, soll auch über dessen Gelder mitentscheiden dürfen



Einen Bürgerentscheid über Haushaltssatzungen schließt § 24 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung ausdrücklich aus.

Was kennzeichnet einen Bürgerhaushalt?

Um einen gemeinsamen Maßstab für das zu finden, was überhaupt unter den Begriff Bürgerhaushalt fällt, wurden in einer Studie über Bürgerhaushalte in Europa von Sintomer, Herzberg und Röcke fünf Kriterien erarbeitet:

1. Im Zentrum der Bürgerbeteiligung stehen finanzielle Angelegenheiten, es geht um begrenzte Ressourcen.
2. Die Beteiligung findet auf der Ebene der Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtfonds allein, ohne Partizipation auf der gesamtstädtischen oder bezirklichen Ebene, ist kein Bürgerhaushalt.
3. Es handelt sich um ein auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
4. Der Prozess beruht auf einem »deliberativen« Diskussionsprozess. Allein die Miteinbeziehung von Bürger:innen in bestehende Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar.
5. Die Organisatoren müssen Rechenschaft in Bezug darauf ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Bürgerhaushalte in Deutschland

Wie das Internetportal buergerhaushalt.org angibt, ist für Deutschland das Modell der Konsultation öffentlicher Finanzen typisch. Dabei unterbreiten die Bürger:innen Vorschläge und geben Hinweise. Mit ihrem lokalen Wissen und dem Setzen eigener Prioritäten bereichern sie die fachliche Diskussion um die Haushaltsplanung. Die Verwaltung berücksichtigt die Vorschläge und Hinweise bei der Aufstellung des Haushalts. Der Gemeinderat entscheidet anschließend über die Vorschläge und begründet, welche Vorschläge umgesetzt werden können und welche nicht. Im Idealfall läuft das Verfahren in drei Phasen ab:

1. Information

Die Bürger:innen werden nach der Vorstellung der Haushaltsplanung im Stadtrat durch Broschüren, Internetangebote, Beilagen zu Tageszeitungen oder Pressekonferenzen umfassend über den Gesamthaushalt und einzelne Teilbereiche informiert.

2. Konsultation

Anschließend können Interessierte in einem offenen Plenum oder in Bürgerforen ihre

Verfahrensablauf eines Bürgerhaushalts

Vorbereitung/Informationen durch die Verwaltung



Diskussionsprozess mit der Einwohnerschaft



Auswertung und Erstellen von Vorschlägen für den Haushalt



Haushaltsbeschluss im Gemeinderat



Rechenschaftsbericht der Verwaltung/Informationen über den nächsten Haushalt

Anregungen äußern, den Gesamthaushalt oder bestimmte Bereiche diskutieren und Prioritäten bei Spar- oder Investitionsmaßnahmen setzen. Die Konsultation kann sich entsprechend gängiger Verfahren und Methoden der Präsenzbeteiligung auch auf eine schriftliche oder telefonische Befragung von Bürger:innen beschränken. Eine weit verbreitete Variante der Konsultation hat den Ausgleich eines Haushaltsdefizits zum Ziel: Bürger:innen werden verschiedene Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung vorgestellt. Sie können daraufhin Schwerpunkte festlegen oder auch eigene Vorschläge formulieren. Aus den Einzelmeinungen wird dann eine Gesamtempfehlung erarbeitet.

3. Rechenschaft

Im letzten Schritt legen die Vertreter:innen aus Lokalpolitik und -verwaltung dar, welche Anregungen der Bürger:innen angenommen wurden, welche nicht – und warum.

Auch hier liegt der Schwerpunkt in der öffentlichen Beratung und Anhörung, in der die Interessen der Einwohner:innen aufgenommen und in den Planungen der Verwaltung berücksichtigt werden sollen. Dies geschieht in Stadtforen oder Bürgerversammlungen. Eingeladen werden die Menschen über Bekanntmachungen in den Medien. In Deutschland wird in einigen Fällen eine Zufallsauswahl aus dem Einwohner- →



Deliberation

(lat.: deliberare, dt.: abwägen) beschreibt eine auf den Austausch von Argumenten angelegte Form der Entscheidungsfindung unter Gleichberechtigten. Das bessere Argument und nicht die Mehrheitsabstimmung soll die Entscheidungen prägen und zu besseren Entschlüssen führen, weil – im Idealfall – alle Argumente gegeneinander abgewogen werden und eine Einigung auf die »beste« Lösung möglich ist.

→ melderegister vorgenommen. Dann erhalten die Bewohner:innen der Stadt von ihrem Bürgermeister oder ihrer Bürgermeisterin eine an sie persönlich gerichtete Einladung. Diese Methode wurde unter anderem in Emsdetten (35.000 Einwohner:innen), Hilden (56.000 Einwohner:innen), Vlotho (21.000 Einwohner:innen) und im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick (233.000 Einwohner:innen) angewendet.

In Bürgerbeteiligungssatzungen wird grundlegend bestimmt, wer bei den Verfahren vorschlags- oder stimmberechtigt ist – ob nur die Gemeindegewohner:innen im engeren Sinne oder auch die Einwohner:innen ab einem festgelegten Mindestalter.

Die Finanzen der Gemeinde transparent machen

Bei einer »Konsultation über öffentliche Finanzen« geht es in erster Linie um das Transparentmachen der finanziellen Situation der Gemeinde. Informationen zum Gesamthaushalt werden in Broschüren, im Internet und durch Pressemitteilungen erteilt.



Beim Bürgerhaushalt entscheidet der Gemeinderat über Vorschläge aus der Bevölkerung zum kommunalen Haushalt

Das Modell existiert in zwei Varianten:

- In der am weitesten verbreiteten Variante werden Dienstleistungen öffentlicher Einrichtungen und Aufgabenbereiche der Verwaltung vorgestellt, wie beispielsweise die Einnahmen und Ausgaben von Bibliotheken, Schwimmbädern, Kindergärten, Straßenreinigung, Abwasserbehandlung und mehr. Die Bürger:innen können dann im offenen Plenum oder in spezifischen Foren ihre Anregungen äußern.
- Die zweite Variante hat den Ausgleich eines Haushaltsdefizits zum Ziel. So wurden den Bürger:innen im nordrhein-westfälischen Emsdetten 2002 fünf Optionen für einen ausgeglichenen Haushalt vorgestellt: Kürzung von Personal- und Betriebskosten, Reduzierung freiwilliger Aufgaben, Entnahme aus der Reserve oder Anhebung von Steuern und Gebühren. Mithilfe eines Fragebogens konnte jede:r Teilnehmer:in aus der Kombination der genannten Möglichkeiten einen eigenen Vorschlag erarbeiten. Aus den Einzelmeinungen wurde am Ende der Veranstaltung die Gesamtempfehlung des Bürgerforums errechnet. Problematisch an einer solchen Vorgehensweise ist, dass in den meisten Fällen kaum Zeit für eine tiefergehende Diskussion zur Verfügung steht.

Vom Bürgerhaushalt zum Bürgerbudget

Wie der »Ergebnisbericht zur landesweiten Befragung – Bürgerbudgets in Sachsen« Auskunft gibt, ist die anfängliche Begeisterung für Bürgerhaushalte allgemein gesunken. Bei vielen deutschen Kommunen ist Ernüchterung eingetreten, und anstelle von Bürgerhaushalten setzten viele Gemeinden in den letzten Jahren stärker auf Bürgerbudgets. Das hat wohl auch damit zu tun, dass kommunale Haushalte in ihrer Komplexität schwer zu vermitteln und mit der Einführung der Doppik für Laien noch schwerer verständlich sind.

Außerdem kann je nach Ausgestaltung der Verfahren ein durchaus spürbarer Aufwand für die Verwaltung entstehen. Deshalb sind Bürgerhaushalte heute vorwiegend in Großstädten zu finden, die über entsprechendes Personal und Fachreferate zur Umsetzung derartiger Prozesse verfügen.

In der Praxis zeigte sich zudem, dass die im Rahmen der Bürgerhaushalte erarbeiteten Empfehlungen der Bürger:innen oft unzureichend berücksichtigt wurden. Aufgrund dieser Erfahrungen wurden Bürgerhaushalte zunehmend kritischer gesehen. Eine Reihe von kleineren

Verfahrensablauf eines Bürgerbudgets

Ideenaufruf durch die Gemeinde



Einreichen von Projektideen (schriftlich, online oder in Versammlungen)



Prüfung der eingereichten Ideen durch die Gemeinde



Veröffentlichung der Projektideen und Abstimmung durch die Bürger:innen



Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses



Umsetzung der durch Abstimmung ausgewählten Projekte

und mittleren Kommunen hat mit Blick auf eine stärkere Praxis- und Ergebnisorientierung aus den Bürgerhaushalten heraus in den letzten Jahren das partizipative Modell der Bürgerbudgets weiterentwickelt und eingeführt. Im Vergleich zu den Bürgerhaushalten sind diese deutlich praxisbezogener sowie deren Ziele und Prozesse leichter zu vermitteln.

Was macht das Bürgerbudget aus?

Beim Bürgerhaushalt werden die Bürger:innen an der Aufstellung des kommunalen Haushalts beteiligt, indem sie Vorschläge unterbreiten, deren Annahme oder Ablehnung dem Gemeinderat obliegt. Beim Bürgerbudget hingegen erhalten die Bürger:innen gewissermaßen einen eigenen *Finanztopf*, über den sie selbst entscheiden – zum Beispiel, ob mithilfe des Budgets mehr Bänke im Park errichtet werden sollen, eine dunkle Straße besser beleuchtet, ein Spielplatz saniert oder ein Radweg gebaut werden soll.

Wie das Verfahren für ein Bürgerbudget ablaufen soll, wird von der Gemeinde geplant. Dazu wird im ersten Schritt ein finanzieller Rahmen festgelegt (z. B. 10.000 Euro), und die Bürger:innen werden dazu aufgerufen, ihre Ideen dafür einzureichen. Das kann schriftlich, in Versammlungen oder auch online erfolgen. Anschließend prüft die Verwaltung die Vorschläge, ob sie denn

überhaupt umsetzbar sind, ob sie in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen oder die Vorhaben schlichtweg zu teuer sind. Danach werden die machbaren Vorschläge aufbereitet und durch die Abstimmung der Bürger:innen bewertet, sodass eine Rangliste der Projekte entsteht. In der Regel werden dann so viele Vorschläge umgesetzt, bis das Budget ausgeschöpft ist.

Wer kann Projektvorschläge einreichen und abstimmen?

Das sächsische Internetportal für Bürgerbeteiligung empfiehlt unter dem Punkt »Bürgerhaushalt & Bürgerbudget«, dass die Gemeinde »alle Einwohnerinnen und Einwohner« auffordert, Ideen für das Bürgerbudget einzureichen. Dabei sollte das Mindestalter auf 16 Jahre festgelegt werden, um so auch Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Vorstellungen einzubringen. Darüber hinaus kann die Gemeinde auch ein eigenes Kinder- und/oder Jugendbudget einrichten, wobei dann dafür auch andere Altersgrenzen festgelegt werden müssten.

Bei der Abstimmung muss die Gemeinde sicherstellen, dass keine Personen von außerhalb der Gemeinde mit abstimmen, um die lokale Entscheidungsfindung nicht zu verfälschen. Ein transparentes Verfahren setzt voraus, dass die Gemeinde vor der Abstimmung die Berechtigung der Teilnehmenden prüft. Diese Prüfung sollte auf Basis des Einwohnermelderegisters erfolgen.

Die Gemeinden können auch lokalen Vereinen die Möglichkeit einräumen, eigene Ideen für Projekte in ihrer Verantwortung (z. B. Fußballtore für den Sportverein) einzureichen. Dabei sollen die Projektideen auf gemeinnützige Zwecke eingegrenzt sein. Die Umsetzung ist vom Verein selbst zu übernehmen. Wenn Vereine eigene Projekte einreichen, kann die Kommune einen notwendigen Eigenanteil für den Verein festlegen. ■

Weiterführende Informationen zu den Potenzialen eines Bürgerhaushalts bietet der Leitfaden »Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalt« von Patrick Pritscha und Achim Grunke, bestellbar auf kommunalpolitik.info

Woher kommt die Idee?

Ausgangspunkt für Bürgerhaushalte ist die Stadt Porto Alegre (dt. »Freudiger Hafen«) in Brasilien. Dort wurde 1989 erstmals ein Bürgerhaushalt eingeführt. Die dabei erreichte Transparenz des Gemeindebudgets erwies sich nicht nur als wirksames Mittel gegen die Korruption, sondern hat auch zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und zu einer Stärkung der Zivilgesellschaft geführt. In der Folgezeit fand das Modell des Bürgerhaushalts eine weltweite Verbreitung.



Auch ein einzelner Sitz kann mitentscheiden: In vielen Räten sind Einzelpersonen aktiv und politisch wirksam – unabhängig, manchmal unbequem und genau so engagiert wie die Rät:innen mit Fraktionen im Rücken

Aktiv ohne Fraktion

Auch als einzelnes Ratsmitglied lässt sich politisch einiges bewegen. Diese Handlungsmöglichkeiten haben Einzelpersonen, um im Gemeinderat aktiv zu werden

Text: Achim Grunke

Nicht selten kommt es vor, dass gewählte Mandatsträger:innen ihre Partei oder Wählervereinigung als Einzige im Gemeinderat vertreten. Allein kann man nicht die Rechte einer Fraktion in Anspruch nehmen, denn diese muss mindestens aus zwei Personen bestehen und fünf Prozent aller Gemeinderät:innen umfassen. Dennoch haben *Einzelkämpfer:innen* viele Möglichkeiten, sich wirksam in die Gemeindepolitik einzubringen. Wir zeigen, wie.

Vor der Sitzung

Alle Gemeinderät:innen haben das Recht auf eine ordnungsgemäße Ladung zur Gemeinderatssitzung. Diese kann schriftlich oder elektronisch zugehen und muss die Tagesordnung sowie die erforderlichen Beratungsunterlagen enthalten. Üblich ist eine Frist von zehn Tagen oder sieben vollen Werktagen, die bei Bedarf aber auch kürzer oder länger ausfallen kann. Ein wichtiges Kriterium dabei ist, dass eine gründliche Vorbereitung auf die Sitzung möglich ist.

Wahrnehmung des Rederechts

Das Rederecht jedes einzelnen Ratsmitgliedes gehört zu den hergebrachten demokratischen Gewohnheitsrechten, auch wenn es dafür keine ausdrückliche gesetzliche Regelung gibt. Da es zum Rederecht in der Sächsischen Gemeindeordnung keine Bestimmungen gibt, wird die Redeordnung stets in der Geschäftsordnung des Gemeinderats geregelt. Insbesondere in größeren Räten wird es im Regelfall notwendig sein, Redezeitbegrenzungen einzuführen, damit die ohnehin oft langen Sitzungen nicht bis zur Unzeit durch eine unendlich lange Rednerliste ausgedehnt werden können. Als Faustregeln werden in Mustergeschäftsordnungen genannt:

- die Redezeit beträgt im Regelfall höchstens fünf Minuten;
- ein:e Mandatsträger:in darf zum selben Verhandlungsgegenstand höchstens zweimal reden.

Das Rederecht bezieht sich auch auf die Sitzungen der jeweiligen Ausschüsse, in denen der Rat oder die Rätin Mitglied ist. Wenn Gemeinderät:innen an Ausschusssitzungen teilnehmen, in denen sie nicht Mitglied sind, kann ihnen ein Rederecht im Einzelfall eingeräumt werden. Die Entscheidung obliegt dem jeweiligen Ausschuss, Näheres kann in der Geschäftsordnung geregelt werden.

In kleinen Gemeinderäten sowie in Ausschüssen und Beiräten wird hingegen häufig ein großzügiges, weitgehend uneingeschränktes Rederecht gehandhabt. Dieses ist hier sogar eine

wichtige Grundlage für eine breite und abgewogene Meinungsfindung.

Meinungsäußerungen in Gemeinderatssitzungen sollten sachlich und fundiert sein, beziehen sie sich doch in der Regel auf einen konkret umrissenen Beratungsgegenstand. Einen funktionierenden Gemeinderat zeichnet das lebendige Wechselspiel von Rede und Gegenrede aus, um im Ergebnis schließlich zu einem ausdiskutierten Gemeindewillen zu kommen. Beim Widerstreit der politischen Meinungen sind auch die Stilmittel der Überspitzung, Polarisierung, Vereinfachung oder Polemik erlaubt und so lange hinzunehmen, wie sie nicht die Ratsarbeit infrage stellen. Eine Grenze zur Verletzung der Ordnung wird dann erreicht, wenn es nicht mehr um eine inhaltliche Auseinandersetzung geht, sondern um bloße Provokation, Herabwürdigung anderer oder die Verletzung von Rechtsgütern Dritter.

Anträge im Gemeinderat stellen

Einzelnen Gemeinderät:innen steht es zu, in der Gemeinderatssitzung Sachanträge oder Geschäftsordnungsanträge zu stellen.

Anträge zur Sache

Anträge zur Sache sind Änderungs- oder Ergänzungsanträge zu einem Verhandlungsgegenstand in der durch den Gemeinderat bestätigten Tagesordnung. Sie können gestellt werden, solange die Beratung noch nicht abgeschlossen ist. Sachanträge können mündlich oder schriftlich vorgebracht werden. Sie sollten gut begründet und müssen so abgefasst sein, dass über sie abgestimmt werden kann.

Normalerweise können von einzelnen Gemeinderät:innen keine Anträge gestellt werden, um eine bestimmte Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen – das kann nur von einem Fünftel der Gemeinderät:innen oder einer Fraktion erreicht werden.

Jedoch können von einzelnen Rät:innen in außergewöhnlichen Situationen bestimmte Dringlichkeitsanträge gestellt werden, um Angelegenheiten beschleunigt zu beraten und zu entscheiden, die nicht auf der Tagesordnung stehen, deren Aufschiebung aber für die Gemeinde oder für Dritte zu erheblichen Nachteilen oder Schäden führen würde. Ein Dringlichkeitsantrag ist rechtzeitig vor der Sitzung mit einer kurzen Begründung beim Bürgermeister oder der Bürgermeisterin einzureichen. Diese:r leitet den Antrag unverzüglich den Mitgliedern des Gemeinderates zu oder trägt ihn mündlich vor – einschließlich einer Stellungnahme zum Antrag. In der Sitzung wird dem oder der Antragsteller:in die Möglichkeit gegeben, die Dringlichkeit zu begründen. →

Einzelnen Gemeinderät:innen steht es zu, in der Gemeinderatssitzung Sachanträge oder Geschäftsordnungsanträge zu stellen

→ Zudem können alle Gemeinderät:innen verlangen, dass ihre Erklärungen und ihr Abstimmungsverhalten zu einem Verhandlungsgegenstand in die Niederschrift der Sitzung aufgenommen werden – was gegebenenfalls für Haftungsfragen von Interesse sein kann.

Anträge zur Geschäftsordnung

können jederzeit mit Bezug auf den Geschäftsgang gestellt werden. Ein Geschäftsordnungsantrag unterbricht die Sachberatung. Außer dem oder der Antragsteller:in und dem oder der Bürgermeister:in erhalten jede Fraktion und alle nicht fraktionsgebundenen Gemeinderät:innen die Gelegenheit, zum Antrag zu sprechen. Typische Geschäftsordnungsanträge sind insbesondere der Antrag,

- ohne weitere Aussprache zur Tagesordnung überzugehen;
- die Aussprache zu beenden;
- die Rednerliste zu schließen (Schlussantrag);
- den Gegenstand zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu beraten;
- die Beschlussfassung zu vertagen;
- den Verhandlungsgegenstand an einen Ausschuss zu verweisen.

Ein Schlussantrag ist erst zulässig, wenn von jeder Fraktion ein Mitglied vor Stellung des Schlussantrages das Wort ergriffen hatte. Ein Gemeinderatsmitglied, das selbst zur Sache gesprochen hat, kann keinen Schlussantrag stellen.

Anfragen an den Bürgermeister stellen

Einzelne Gemeinderät:innen können schriftliche Anfragen oder in einer Sitzung des Gemeinderats mündliche Anfragen zu einzelnen Gemeindeangelegenheiten an den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin stellen.¹ Eine Anfrage hat sich auf eine einzelne, klar umrissene Angelegenheit zu beschränken.

Einzelne Gemeinderät:innen haben einen Anspruch darauf, all das zu erfahren, was sie für die sachgerechte Ausübung ihres Mandats wissen müssen. Doch bevor Anfragen gestellt werden, sollte sich jeder und jede Fragesteller:in darüber klar werden: Wie stelle ich die Anfrage richtig, um eine möglichst präzise Antwort zu erhalten, und welche Rahmenbedingungen sind bei der Fragestellung zu beachten? Einfach Anfragen aufs Geratewohl zu stellen, ergibt wenig Sinn. Je präziser und konkreter in einer fest umrissenen Angelegenheit eine Anfrage formuliert wird, umso eher ist zu erwarten, darauf ebenso eine präzise Antwort zu erhalten.

Anfragen sind in einer angemessenen Frist zu beantworten, die grundsätzlich vier Wochen

- 1 § 28 Absatz 6
Sächsische
Gemeindeordnung
(SächsGemO)
- 2 § 53 Absatz 3
SächsGemO
- 3 § 11 Absatz 2
SächsGemO
- 4 § 28 Absatz 5
SächsGemO
- 5 § 43 SächsGemO
- 6 § 36 Absatz 5
SächsGemO

beträgt. Näheres kann in der Geschäftsordnung geregelt werden.

Handelt es sich um Angelegenheiten, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde des Freistaates Sachsen geheim zu halten sind, darf keine Auskunft erteilt werden.² Im Übrigen ist der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin jedoch zur Offenlegung verpflichtet. Das gilt auch für vertrauliche Informationen, wenn dies zur sachgerechten Meinungsbildung erforderlich ist. Gegebenenfalls hat dann die Auskunft in nichtöffentlicher Sitzung zu erfolgen.

Bürger:innen und Öffentlichkeit informieren

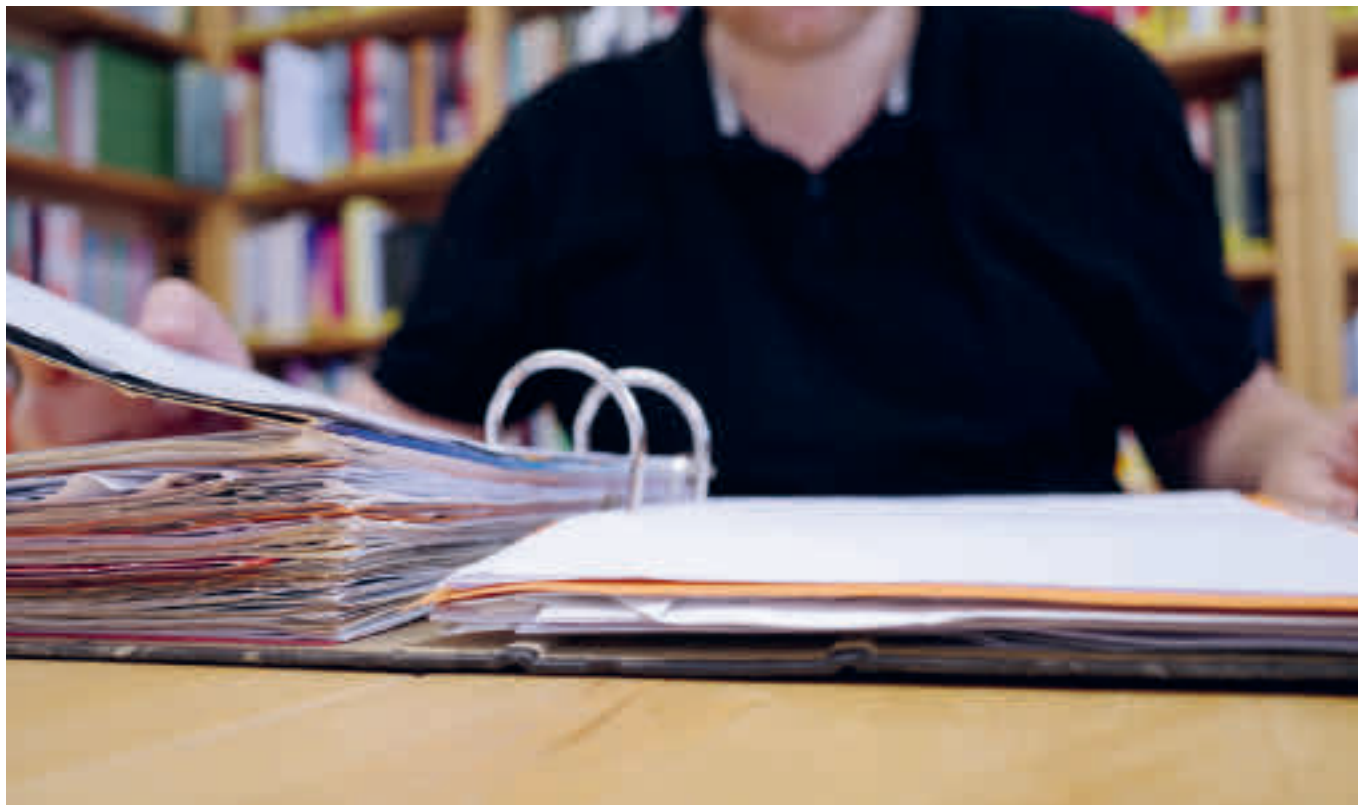
Auch Kommunalpolitiker:innen müssen die Öffentlichkeitsarbeit für ihre politische Wirksamkeit nutzen. Alle in ein kommunales Mandat Gewählten haben von ihren Wähler:innen einen Vertrauensvorschuss erhalten und stehen in einer politisch-moralischen Pflicht, für die Bürger:innen ansprechbar zu sein. Das schließt auch die Bereitschaft ein, sich zu bestimmten kommunalen Problemen befragen zu lassen.

Jedes Gemeinderatsmitglied hat die Möglichkeit, mit Presseerklärungen oder über Social Media in die Öffentlichkeit zu gehen, über das eigene Wirken im Gemeinderat zu informieren, das Geschehen im Rathaus für die Bürger:innen durchschaubar zu machen und gegebenenfalls das eigene Abstimmungsverhalten bei jeweiligen Entscheidungen zu erklären. Das gilt aber nur für die in öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats behandelten Angelegenheiten. Für nichtöffentliche Sitzungen gilt grundsätzlich ein Verschwiegenheitsgebot so lange, bis es vom Bürgermeister oder der Bürgermeisterin aufgehoben wurde.

Ebenso scheint es mitunter sinnvoll zu sein, die Einwohner:innen rechtzeitig in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die Gemeindeordnung fordert ausdrücklich, dass über Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die für ihre Entwicklung bedeutsam sind – oder die die sozialen, kulturellen, ökologischen oder wirtschaftlichen Belange ihrer Einwohner:innen berühren – diese frühzeitig und umfassend zu informieren sind.³ Hierbei steht zuerst natürlich der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin in der Pflicht, aber die einzelnen Gemeinderät:innen sollten sich den Einwohner:innen ebenso als Gesprächspartner anbieten. Schließlich geht es darum, die unterschiedlichen Sichtweisen und Argumente kennenzulernen und sie in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Ebenfalls besteht die Möglichkeit, mit den Einwohner:innen über unmittelbar in Gemeinderatssitzungen anstehende Entscheidungen ins

Einzelne Gemeinderät:innen haben einen Anspruch darauf, all das zu erfahren, was sie für die sachgerechte Ausübung ihres Mandats wissen müssen



Gespräch zu kommen, sobald die Beratungsvorlagen für die jeweilige öffentliche Sitzung auf der Internetseite der Gemeinde oder in anderer geeigneter Form veröffentlicht wurden.

Kleine Fraktionen

Fraktionen haben noch mehr Handlungsmöglichkeiten als einzelne Gemeinderäte:innen. Das gilt nicht nur für große Gemeinderatsfraktionen mit zehn Mitgliedern oder mehr, sondern auch für kleine Fraktionen mit nur zwei Mitgliedern.

Akteneinsicht verlangen

Mindestens zwei Personen oder eine Fraktion können in allen Angelegenheiten der Gemeinde verlangen, dass der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin den Gemeinderat informiert und diesem oder einem von ihm bestellten Ausschuss Akteneinsicht gewährt.⁴ Dabei müssen die Antragsteller mit mindestens einer Person vertreten sein.

Das Recht auf Akteneinsicht erstreckt sich auf alle Angelegenheiten der Gemeinde und schließt auch Weisungsaufgaben mit ein. Ein bestimmter Akteneinsichtsausschuss kann sich aber nur mit einzelnen Angelegenheiten befassen. Er muss deshalb einen fest umrissenen Auftrag erhalten und sich auf eine ganz bestimmte Angelegenheit beschränken. Der Akteneinsichtsausschuss ist ein beratender Ausschuss, dessen Sitzungen stets

nichtöffentlich sind.⁵ Dieser Ausschuss kann keine bindenden Beschlüsse fassen, aber für den Gemeinderat Empfehlungen und Schlussfolgerungen aussprechen. Der Bericht des Ausschusses nach erfolgter Akteneinsicht ist in einer nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats vorzutragen.

Angelegenheiten auf die Tagesordnung bringen

Eine Fraktion oder ein Fünftel der Rät:innen kann die Initiative ergreifen, dass spätestens auf der übernächsten Sitzung des Gemeinderates ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird.⁶ Der Verhandlungsgegenstand muss in die Organzuständigkeit des Gemeinderats fallen. Der Antrag ist an keine Formvorschriften gebunden und kann somit auch mündlich oder außerhalb der Sitzung gestellt werden. Um Missbräuche zu verhindern, ist ein Anspruch auf Behandlung dann ausgeschlossen, wenn der Gegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits im Gemeinderat behandelt worden ist, es sei denn, seit der letzten Befassung hat sich die Sach- und Rechtslage wesentlich geändert.

Liegen die Voraussetzungen für eine Befassung mit der Angelegenheit vor, muss der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin diese zwingend auf der übernächsten Sitzung auf die Tagesordnung nehmen. Von sich aus kann er oder sie dies jedoch bereits auch eher tun. ■

Um Akteneinsicht zu beantragen, sind mindestens zwei Personen nötig

Einzelkämpfer:innen im Portrait

Wie Solo-Gemeinderäte und -rätinnen in Sachsen ihr Mandat ausfüllen und die Herausforderungen der Ratsarbeit meistern, beschreibt unsere Autorin Pia Siemer in diesem Heft auf → Seite 48 ff.

Mietrecht

Arbeitshilfe für Mietspiegel

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hat 2024 eine aktualisierte Handreichung zum Thema Mietspiegel veröffentlicht. Das Dokument, nach eigenen Angaben die Neuausgabe eines »bewährten Standardwerkes zur Erstellung von Mietspiegeln«, soll sowohl kommunale Stellen als auch kommerzielle Anbieter »Schritt für Schritt durch die Erstellung eines Mietspiegels« führen. Themen des Dokuments sind unter anderem rechtliche Grundlagen, praktische Fragen – wie beispielsweise zu den Kosten, aber auch Anleitungen für die Datenerhebung und -auswertung.

Hintergrund ist der im Jahr 2021 geschaffene neue Rechtsrahmen für Mietspiegel, bestehend aus Mietspiegelreformgesetz und Mietspiegelverordnung. Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohner:innen sind seitdem erstmals verpflichtet, einen Mietspiegel zu erstellen. Die Fristen dafür waren der 1. Januar 2023 beziehungsweise 2024.

Zu finden auf der Website des BBSR unter »Veröffentlichungen«: t1p.de/handreichung-mietspiegel



Mietpreise lassen sich nicht schätzen – sie müssen begründet werden. Der Mietspiegel hilft dabei

Konzept zur Verteidigung

Zivilschutz. Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine hat der Deutsche Landkreistag im Januar 2025 in einem Positionspapier ein Konzept für die zivile Verteidigung gefordert. Als mögliches Angriffsziel sowie Transitland für alliierte Truppen müsse Deutschland nicht nur gegen

militärische Angriffe resilienter werden, sondern auch gegen Desinformation, Sabotage oder Cyberangriffe. Der Bund müsse mehr für den Katastrophenschutz tun, es brauche ein Schutzraumkonzept und eine gut informierte Bevölkerung.

t1p.de/verteidigung-landkreistag



Grün, Wege, Wasser – alles auf derselben Fläche. Multicodierung wird sichtbar, wenn Stadtplanung Räume mehrfach denkt

Stadtplanung

Multicodierung statt Flächenkonkurrenz

Gerade beim Thema Grün, das so wichtig ist für Lebensqualität und Klima, zeigt sich, wie knapp freie Flächen in Städten sind. Konkurrenz um verfügbare Fläche ist nicht die einzige mögliche Schlussfolgerung. Die andere Option ist, Flächen mehrfach zu nutzen. Eine Fassade kann ein Garten sein. Ein Sportplatz kann so gebaut sein, dass er bei Starkregen Wasser auffängt.

Das Buzzword der Stunde bei dem Thema heißt Multicodierung. Dabei gibt es, so erklärt es das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, durchaus einen Unterschied zum bereits bekannten Begriff der *Mehrfachnutzung*: Demnach geht es bei Multicodierung nicht allein darum, Flächen mit mehreren Funktionsweisen zu belegen. Der Begriff legt den Fokus auf die sogenannten Codes, die verschiedenen Interessen unterschiedlicher Akteure im städtischen Raum. Zum Prozess von Multicodierung gehöre, diese Interessen aufzuspüren und ihr Verhältnis zueinander auszuhandeln. Das setze eine »neue, offenere Haltung« bei Planenden voraus – auch nach den Bauarbeiten: »Es muss auch Raum für Interessen geben, die im Planungsprozess keine Rolle gespielt haben. Das Offenhalten von Möglichkeitsräumen, die den Code erweitern, fortschreiben und anpassen können, ist wichtiger Teil von Multicodierung.«



Auch Drohnen könnten im Zivilschutz künftig eine größere Rolle spielen



Neues Straßenverkehrsgesetz

Verkehrsrecht. Ein »Paradigmenwechsel« in der kommunalen Verkehrspolitik – so ordnet ein Positionspapier der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft aktuelle verkehrsrechtliche Entscheidungen ein. Mit dem neuen Straßenverkehrsgesetz können Kommunen demnach Klima- und Umweltschutz, Gesundheit sowie städtebauliche Entwicklung als Ziele für verkehrspolitische Maßnahmen geltend machen – auch ohne Gefahrenlage. Ein »Paukenschlag« gegen die »Dominanz des Kfz-Verkehrs im Straßenraum« sei auch das Urteil gegen das auf Gehwege aufgesetzte Parken.

➔ t1p.de/verkehrsrecht-leibniz



Vertikales Grün schützt vor Hitze, Schall und Lärm

Wilde Wände

Klimaanpassung. Raum für Grün ist vielerorts knapp – außer, man rechnet Fassaden mit ein. Wie Städte mit Grünfassaden Biodiversität und Klimaanpassung fördern können, erklärt ein Leitfaden der Universität Stuttgart. Das Dokument bündelt die Ergebnisse zweier Forschungsprojekte. Grünfassaden können demnach nicht nur Hitze um und in den jeweiligen Gebäuden reduzieren, sondern durch Schallabsorption auch Lärm. Gedacht ist der Leitfaden für Bürger:innen, die beispielsweise Balkone gestalten wollen. Aber auch Beschäftigte in der Verwaltung, Landschaftsarchitekt:innen und Gartenbauunternehmen können von der Anleitung profitieren. Und es geht dabei nicht nur um vertikales Grün: Thematisiert werden insgesamt Pflanzenarten und deren Wirkung, Kosten und mögliche Probleme sowie Umsetzungsansätze.

➔ t1p.de/vertikales-gruen

Unsere Kommunen

Bericht aus Chemnitz

Dr. Sandra Zabel ist Chemnitzer Stadträtin der Linken. Nicht nur in dieses Ehrenamt bringt die Erziehungswissenschaftlerin, Sozialpädagogin und Dozentin an der Staatlichen Studienakademie Breitenbrunn ihr profundes Wissen ein. Sie engagiert sich zudem als Vorstandsvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V. für die Belange junger Menschen und als Vorstandsmitglied des Kommunalpolitischen Forums Sachsen für die Vermittlung kommunalpolitischer Bildung.



Kita-Rettung in Chemnitz

Rettung in letzter Minute: Die Kindertagesstätte »Lupinio« muss doch nicht schließen – so hat es der Chemnitzer Stadtrat beschlossen. Die Kita stand mit einigen anderen auf der Liste der Kinderbetreuungseinrichtungen, für die aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen und der klammen Haushaltslage der Stadt keine Zukunft vorgesehen war. Dass in dem Haus mit zwei spiegelbildlichen Hälften im Stadtteil Reichenhain nun weiterhin Kinder betreut werden, ist dem Engagement von Sandra Zabel zu verdanken. Ihre Fraktion »Die Linke« brachte erfolgreich den Antrag für den Erhalt der städtischen Einrichtung in den Stadtrat ein. In der Folge soll nun eine Hälfte des Hauses weiterhin von der Kindertagesstätte »Lupinio« genutzt werden, jedoch mit einer deutlich geringeren, für den eher ländlich geprägten Stadtteil dennoch ausreichenden Kapazität. Damit kommt der Antrag der Notwendigkeit der Stadt entgegen, Überkapazitäten zu reduzieren. In der anderen Haushälfte sollen künftig Kinderbetreuungseinrichtungen vorübergehend ein Quartier finden können, wenn deren angestammtes Domizil saniert wird.



Die Chemnitzer Kita »Lupinio« war von der Schließung bedroht und darf jetzt weitermachen – dank eines Antrages der Linken



Ereignisse wie der Einsturz der Carolabrücke in Dresden machen deutlich, warum das Sondervermögen gebraucht wird

Finanzen

Sondervermögen Infrastruktur

Mit einem schuldenfinanzierten Paket von 500 Milliarden Euro will die neue Bundesregierung in die Zukunft investieren. Ein bedeutender Teil des Geldes soll unter anderem Straßen, Schienen und Wasserwege auf einen neuen Stand bringen. Der Bund will damit außerdem eine Modernisierung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen ermöglichen, wie Kommunen sie aus ihren eigenen Mitteln kaum finanzieren könnten. Auch den eigentlich kommunalen Aufgaben Katastrophenschutz, Feuerwehr und Energieversorgung sollen die Ausgaben zugutekommen.

Gleichzeitig sollen sich Kommunen und Länder 100 Milliarden Euro, also etwa 20 Prozent der Finanzspritze, teilen. Viel zu wenig, meint unter anderen Steffen Jäger, Präsident des baden-württembergischen Gemeindetages. Kommunen verantworten 65 Prozent der öffentlichen Sachinvestitionen, bundesweit türmt sich bei ihnen vor lauter Sparbemühungen ein Investitionsstau von 186 Millionen Euro auf – fast doppelt so viel wie der kommunale Anteil am Investitionspaket. Dazu kommt: Noch ist nicht klar, wie genau die Gelder zugänglich gemacht werden. Kommunen fürchten hohe Eigenanteile und Bürokratieaufwand.

Langfristig ist die Finanzhilfe aus der Sicht vieler Städte und Gemeinden deswegen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie fordern eine grundsätzliche Reform der Finanzbeziehung von Bund, Land und Kommunen.

IT-Grundschutz

Digitalität. Mit einer Handreichung unterstützen die kommunalen Spitzenverbände Kommunalverwaltungen beim Einstieg in die IT-Sicherheit. Das IT-Grundschutzprofil wurde Ende 2023 veröffentlicht und soll fortlaufend aktualisiert werden. Mit ihm können Verwaltungsbeamt:innen die größten Schwachstellen in der IT-Sicherheit ausfindig machen, um so das Sicherheitsniveau anzuheben. Das Dokument definiert nach eigenen Angaben die Mindestsicherheitsmaßnahmen, die Verwaltungen umsetzen sollten, »um sich nicht der groben Fahrlässigkeit schuldig zu machen«.

➔ t1p.de/it-sicherheit-kommunen

Vom Stromfresser zum intelligenten Kraftwerk

Energiewende. Klärwerke erfreuen sich nicht überall großer Beliebtheit – in Trier allerdings erklärt ein Vertreter der Stadtwerke das Hauptklärwerk der Stadt zum »Musterort für die kommunale Energiewende«. Ehemals sei die Anlage der größte kommunale Energieverbraucher gewesen, jetzt ist sie ein effizientes Kraftwerk. Seit 2012 haben die Stadtwerke Trier das Klärwerk umgebaut, um den Klärprozess so effizient wie möglich zu gestalten. Teil der Anlage sind nun unter anderem zwei Klärgas-Blockheizkraftwerke, mehrere Photovoltaik-Anlagen und eine Wasserkraftanlage. Die entstehende Wärme versorgt sowohl das Betriebsgebäude der Kläranlage als auch den benachbarten Energie- und Technikpark.

Seit 2017 werden zudem einige Prozesse im Klärwerk mittels Künstlicher Intelligenz geregelt. Die KI erstellt zum Beispiel Energieverbrauchsprognosen und gleicht sie mit der Erzeugung ab. Wenn mehr Energie verfügbar ist, kann das Klärwerk mehr Abwasser reinigen – oder sogar Energie für »schlechte Zeiten« zurückhalten.



In Trier unterstützt KI die Prozesse im Klärwerk



Krallen zeigen

Patrick Pritscha zieht Parallelen zwischen Katze und Kultur und stellt fest, dass sich beides nicht zähmen lässt



Da hat sich Chemnitz aber auf etwas eingelassen! Kulturhauptstadt Europas möchte man sein und hatte vermutlich keine wirkliche Ahnung, was das bedeutet. Spätestens nach der Besetzung des »ehemaligen« Schauspielhauses und zahlreichen Protesten aufgrund von Kürzungen im aktuellen Stadthaushalt, auch zulasten der Kunst- und Kulturszene, dürfte klar sein, dass man sich das Label »Kultur« nicht einfach nur als Marketingmaßnahme anheften kann. Dass Chemnitz nicht erst seit den Naziübergriffen 2018 ein Imageproblem hat, ist bekannt. Jetzt soll die »Kultur« das Problem lösen. Nun gibt es zahllose, mehr oder weniger gelehrte Abhandlungen über das Verhältnis von Kunst, Kultur und Gesellschaft. Ihre Zugänglichkeit ist meist abhängig vom Wissen und Interesse der Betrachtenden. Daher möchte ich eine Sichtweise einbringen, mit der Millionen von Menschen in diesem Land – unabhängig ihrer Bildung, Herkunft oder Präferenzen – etwas anfangen können: die Sichtweise der Katze.

Katzen sind bekanntlich Kulturfolger. Sie wurden nicht domestiziert, sondern haben sich

freiwillig dem Menschen angeschlossen – zum gegenseitigen Nutzen. Sie gelten als eigenwillig, man kann ihnen keine Befehle erteilen, sie ordnen sich nicht unter und machen nur das, worauf sie Lust haben. Dabei haben sie es natürlich gern und zeigen dies auch, wenn man ihnen, als ihr Dosenöffner, etwas zu futtern gibt und Streicheleinheiten verteilt. Der Mensch verfällt bei diesem Verhalten dann zuweilen dem Irrglauben, dass dies etwa, wie bei einem Hund, mit Loyalität zu tun haben könnte. Ganz im Gegenteil! Wenn die Katze mit einer toten Maus ankommt und einem diese zu Füßen legt, tut sie das nicht aus Dankbarkeit und als Huldigung gegenüber dem Menschen. Sondern weil sie vermutlich der Ansicht und Überzeugung ist, dass man zu doof sei, sich sein Futter selbst zu besorgen. Was für eine Form der Kritik!

Nun ist weder die Sichtweise der Katze noch die des Menschen komplett richtig. Sie zeigt allerdings treffend, wie sich Kunst und Gesellschaft gegenüberstehen und missverstehen. Die Partnerstadt von Chemnitz, Manchester, hat ihren wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg nach dem Niedergang im Rahmen der Deindustrialisierung vor allem einer gezielten Förderung der Kulturszene zu verdanken. Punk, New Wave, Britpop, Techno haben dieser Stadt mit ihrer vielfältigen und lebendigen Independent-Szene zu einer neuen Zukunft verholfen, jenseits rauchender Fabrikschornsteine. Heute ist es wieder attraktiver, in Manchester zu leben, als von dort wegzuziehen. Dieser Erfolg entstand aber nicht, weil man eine Zeitlang ein paar Leckerlis verteilte, sondern langfristig die Futterdosen öffnete.

Für die Römer war die Katze die Personifizierung der Libertas, der Göttin der Freiheit.

Und oft genug ist es die Kunst, die den letzten Widerstandsversuch unternimmt, wenn Öffentlichkeit, Politik und Gesellschaft schon vor der scheinbaren Realität und Notwendigkeit mit einer Hinwendung zum Autoritären unter Aufgabe der Freiheit kapituliert haben. Zur Verteidigung der Freiheit darf die Kunst allerdings weder bequem oder loyal noch domestiziert sein. Genau wie die Katze. ■

Der Herausgeber des »Kommunalforums« lebt und arbeitet in Chemnitz. Der gelernte Buchhändler und studierte Historiker ist Geschäftsführer des KFS und war selbst jahrelang Stadtrat

Zur Verteidigung der Freiheit darf die Kunst weder bequem oder loyal noch domestiziert sein. Genau wie die Katze